



MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!



FLÜCHTLINGE SCHÜTZEN.
RASSISMUS ENTGEGENTRETEN.

Tagungsdokumentation, 11.–13. November 2016

Impressum

Herausgeber:

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung,
gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 43 01-193

Fax: 0211 / 43 01-134

E-Mail: info@gelbehand.de
www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand

V.i.S.d.P.:

Giovanni Pollice

Redaktion:

Mark Haarfeldt

Fotos:

Tetiana Khmilevska-Mund

© Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung,
gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.
Düsseldorf, Dezember 2016

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

und der

Hans **Böckler**
Stiftung

Inhaltsverzeichnis

- 05 **Vorwort**
Giovanni Pollice
-

Vorträge und Interview

- 06 **Von Wutbürgern und Brandstiftern – Über Angst, ihre Aufladung, die Entfesselung des Vorurteils und der Gewalt**
Hajo Funke (FU Berlin)
- 13 **„Jeder muss sich fragen: Ist das die Welt, in der wir leben wollen?“**
Ein Interview mit Beate Küpper (Hochschule Niederrhein)
- 16 **Die unsichtbare Politik der Willkommensgesellschaft**
Dr. Serhat Karakayali (HU-Berlin)
-

Forum 1: Integration von Geflüchteten und die Rolle der Gewerkschaften

- 20 **Inputreferat: Aktivitäten der DGB Jugend im Bereich „Flucht, Asyl und Migration“**
Tina Malguth und Julia Böhnke (DGB Jugend Bundesvorstand)
- 20 **Diskussionsbericht**
Lucia Bruns
-

Forum 2: Antirassismuarbeit im Betrieb praktisch gestalten

- 23 **Inputreferat: Unterstützung für Geflüchtete im Betrieb praktisch gestalten**
Jaqueline Kluge (JAV Boehringer Ingelheim)
- 23 **Diskussionsbericht**
Elisabeth Göske
-

Forum 3: Rassistische Hetze und flüchtlingsfeindliche Mobilisierung

- 26 **Inputreferat: Neue Unübersichtlichkeit – Rechtsextremismus und Rechtspopulismus im Jahr 2016**
Michael Trube (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin)
- 29 **Diskussionsbericht**
Sarah Kusch
-

32 World-Café

- 34 **Schlusswort**
Dr. Klaudia Tietze



Vorwort

Giovanni Pollice

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

seit dem Sommer 2015 suchen in unserem Land hunderttausende Menschen Schutz vor Krieg, Diktatur und Vertreibung. Millionen Engagierter haben mit humanitären Organisationen und lokalen Initiativen dafür gesorgt, dass diese Menschen hier Hilfe bekamen und auch weiterhin bekommen. Die Aufgaben für unsere Gesellschaft sind groß. Doch angesichts der hohen Bereitschaft, zu helfen, sind Integration und die Gewöhnung an die Lebensumstände realisierbar. Die Arbeitswelt ist ein Ort, der eine wichtige Rolle spielen kann und auch wird, um die Menschen in unsere Gesellschaft aufzunehmen. Die letzten 60 Jahre zeigen, dass wir genügend Erfahrungen gesammelt haben, sei es positive oder negative, und diesen Wert einbringen können, damit es ein gesellschaftliches Miteinander und kein Gegeneinander geben wird.

Parallel dazu erstarkte der Rechtspopulismus und zog in mehrere Landesparlamente ein. Das ist das Ergebnis einer Mobilisierung von rechts, die Pluralismus ablehnt, um zurück zu einer homogenen Gesellschaft zu gelangen. Die Entwicklung müssen wir mit aller Entschlossenheit entgegentreten. Ein Spalten der Gesellschaft in nationalistische, kulturelle oder religiöse Kategorien ist kein Weg, um gesellschaftliche Probleme zu lösen.

In der Bildungsstätte der IG Metall „Am Pichelsee“ in Berlin haben wir mit über 60 Kolleginnen und Kollegen über die aktuelle Entwicklung diskutiert und gleichzeitig nach Möglichkeiten gesucht, wie wir dieser bedenklichen Polarisierung in unserer Gesellschaft entgegentreten können. Die Heterogenität der TeilnehmerInnen bot uns allen die Möglichkeit, verschiedene Blickwinkel und Erfahrungen kennen zu lernen und in den Foren und Diskussionsrunden zu besprechen. Fachvorträge haben uns dazu Informationen geliefert, wie groß die Unterstützung für geflüchtete Menschen in unserer Gesellschaft ungebrochen ist und welche Entwicklung rechtspopulistische und neonazistische Inhalte und Akteure aktuell haben. Alle Vorträge und Foren sind in dieser Dokumentation zusammengefasst. Mit dieser Broschüre wollen wir Euch und Eure Arbeit in der Arbeitswelt und der Gesellschaft gegen Rassismus und Rechtsextremismus unterstützen. Denn es gilt Position gegen diskriminierende Ideologien zu beziehen und für die Gleichheit eines jeden Menschen einzutreten. Dazu sind wir alle aufgefordert, aktiv zu werden.

Giovanni Pollice

Vorsitzender, Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.



Vortrag

Von Wutbürgern und Brandstiftern – Über Angst, ihre Aufladung, die Entfesselung des Vorurteils und der Gewalt¹

Hajo Funke (FU Berlin)



Fremdenfeindlich-Rassistische Dynamik von Bewegung und Partei

Pegida, AfD und der besondere braune Schatten der Gewalt in Deutschland

Die Entfesselung von Ressentiments – ein Kerngeschäft der Rechtspopulisten in Europa – wurde mit dem Auftritt von Pegida im Oktober 2014 in Dresden jedermann sichtbar. Pegida – und seit Mitte 2015 zunehmend auch die AfD – entfesseln Feindseligkeiten gegenüber Flüchtlingen. Im Fall von Pegida kommt ein unverblümter Rassismus hinzu.

Dies wurde spätestens im Januar 2015 deutlich, als Einträge von Lutz Bachmann, dem Organisator der Pegida-Demonstrationen, auf Facebook öffentlich wurden. Demnach hatte Bachmann im September 2014 – noch vor der ersten großen Pegida-Demonstration in Dresden – Flüchtlinge als „Gelumpe“, „Dreckspack“ und „Viehzeug“ bezeichnet. Mit einem Schlag war klar, dass Bachmanns Denken neben, vor und hinter der zunächst für viele plausibel erscheinenden Kritik am Parteiensystem von einem dumpfen Rassismus beherrscht wird. „Pegida ist der natürliche Verbündete der AfD“ (Gauland).

Pegida, HoGeSa und die AfDler Gauland und Höcke

Die im November 2016 veröffentlichte neue Studie von Andreas Zick, Beate Küpper und Daniela Krause „Gesplante Mitte. Feindselige Zustände“ geht in ihrem Teil „Neue Rechte und die Verbreitung neurechter Einstellungen in der Bevölkerung“

davon aus, dass in ihr Vorstellungen verbreitet sind, die davon ausgehen, dass „Deutschland gerettet werden soll“ (S. 145), die Identitären als Teil der radikalrechten Bewegung gezählt werden und mit der „massiv angestiegenen Zahl [von] Aufmärschen“ auch ein „starker Anstieg rassistisch motivierter Gewalt“ verbunden sei (S. 146).

„Als Türöffner für die gewaltbereite rechte Szene operierte die Gruppierung Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) vom 26. Oktober 2014 im „vermeintlichen Kampf gegen einen Islamismus“ und habe „die zersplitterte gewaltorientierte extreme Rechte aktionsorientiert“ zusammengebracht und ein Angebot für eine „milieuübergreifende einwanderungsfeindliche rechte Protestbewegung“ (ebd.) bereitet. Sowohl Teile der Pegida wie des Rechtsaußenflügels der AfD um die Gruppierung „Patriotische Plattform“, wie zum Beispiel Hans-Thomas Tillschneider, der Pegida als konsequente Fortentwicklung von HoGeSa sah, die „richtigerweise auf den Begriff Islamisierung“ setze.

Dieser radikal rechte Teil hat sich „zum außerparlamentarischen Arm der AfD“ entwickelt. In ihr vereinigten sich „extrem rechte Strömungen mit einer von Abstiegsängsten geprägten radikalisierten Mitte zu einem regressiven Aufbegehren gegen eine marktkonforme Demokratie“ (Vgl. S. 147).

Durch diese Entfesselung von Ressentiments mobilisieren die Verantwortlichen von Pegida und AfD – ob gewollt oder nicht – oft neonazistisch ideologisierte Gewalttäter. Innerhalb von vier Monaten verdoppelte sich im Herbst 2014 die entsprechende Gewalt. Bei den Auftritten von Rechtspopulisten und Rechtsradikalen ist der braune Schatten der Gewalt unübersehbar. Wir haben es in Deutschland mit einer Bewegung zu tun, die unmittelbar Gewalt auslöst, und das in einem Ausmaß, wie wir es seit Jahrzehnten nicht mehr kannten. Bei deutschen Rechtspopulisten und Rechtsradikalen ist damit die gewaltgefährliche Wirkung weitaus präsenter als bei anderen Rechtspopulisten Europas wie beispielsweise der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ).²

Mit Pegida wurden nicht nur rassistische Themen in die gesellschaftliche Atmosphäre geschleudert, sondern auch andere rechte Weltdeutungen: Lügenpresse, eine grundsätz-

1 Genauer wird auf die Thematik eingegangen, in: Hajo Funke: Von Wutbürgern und Brandstiftern, Berlin 2016

2 Inzwischen aber steigen auch in Österreich die Gewaltzahlen im Kontext der Debatte um die Aufnahme von Flüchtlingen an. Am 1. Juni 2016 kam es zu einem ersten Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Altenfelden/Oberösterreich, bei dem das gesamte Gebäude zerstört wurde.

licher Vertrauensverlust gegenüber jeder Berichterstattung. Rassismus, im Gewand des viel zitierten gesunden Menschenverstandes, im Wunsch nach Homogenität. Wir und die anderen, nach der den Deutschen ihre Wir-Identität verloren gegangen sei. Mit der Dramatisierung der Feindbilder und der Verschwörungstheorien als Welterklärung und dem Transfer dieser Formeln auf allen Kanälen ist das Lokalphänomen ausgeweitet worden und man weiß nun, wer der Volksverräter ist.

„Saat des Faschismus“ (Habermas)?

Dies sind Ansätze einer politischen Bewegungsform, in der sich Rassismus, Anti-Establishment, Ressentiments, Wohlstandschauvinismus und Abstiegsängste verbinden und fusioniert werden: Ultra-Nationalismus, Anti-Universalismus, Mechanismen rassistischer Exklusion und Kampf gegen kulturelle Diversität. Geht es um eine Transformation und Modernisierung faschistischer Ideologie – in Ansätzen versteht sich – um einen Neofaschismus?

Die AfD

Der von Pegida aufgeschlossene und ins Schwingen gebrachte Resonanzraum ist sogleich von den Strategen der Alternative aufgegriffen und verstärkt worden. Die Alternative des „Flügels“ um Gauland und Höcke denkt nicht in den Kategorien von Legislaturperioden, Gesetzentwürfen und kleinen Anfragen. Das mag noch unter Lucke so gewesen sein. Auch die zu großen Teilen national-konservative Phase, der Traum von einer Wiedergeburt der CDU Alfred Dreggers ist hinter sich gelassen.

Was wir haben, ist völkischer Nationalismus. So sind die Reden auf dem Markt und Domplätzen in Erfurt und Magdeburg zu verstehen. Höcke formuliert das Programm einer völkischen Erweckungsbewegung: Volk. Identität. Dekadenz – aber auch Ordnung, Liebe, Nation und immer wieder Deutschland – er zitiert in seinen Reden aus dem Wörterbuch der extremen neuen Rechten. Während er das eine zurücknimmt, verschärft er das andere und verschiebt die Normalität nach rechts.

Von Sarrazin zu Höcke

Die „Alternative“ zehrt von dem mobilisierten Resonanzraum, der spätestens mit den Thesen Sarrazins in die Mitte der öffentlichen Debatte gerückt war einerseits und von einer völkischen extremen Rechten, die in der politischen Kultur Sachsens, aber auch anderer Länder, die Rechtsverschiebung betrieben hat. Die NPD war in diesem Sinne ein Eisbrecher. Die völkische Rechte, des „Flügels“ der AfD nutzt diese Resonanzräume und kennt den Ausweg aus der Krise neoliberaler Gesellschaften: die soziale und ethnische Exklusion und autoritäre Formierung.

Im Schatten der zerstörerischen Debatte Horst Seehofers gegen einen letztlich pragmatisch humanen flüchtlingspolitischen Kurs der Mehrheit der Regierung unter Angela Merkel

und mit den dabei schnell wachsenden Umfrageerfolgen der Alternative gab es phasenweise kaum noch Bremsen in der weiteren Radikalisierung.

Tobender Parteitag, sich wegduckender Vorstand und die Entfesselung totalen Islamhasses – Die AfD in Stuttgart

Am 1. Mai 2016, kaum ein Jahr später als zum Essener Parteitag der AfD, kam es auf dem Stuttgarter Parteitag zum Durchbruch des völkischen Rechtsradikalismus durch eine nur aus autoritären Zeiten bekannte Entfesselung der Parteitagstimmung in der Debatte um die neue zentrale Feinderklärung, gegen die Muslime im eigenen Land und den Islam.

Es war Hans-Thomas Tillschneider, ein aus Rumänien eingewanderter Deutscher und Vertreter der „Patriotischen Plattform“ und des radikalen Flügels, der in der entscheidenden Debatte um den Islam dem Parteitag zum Toben brachte und zu Beifallsstürmen hinriss. Von den Delegierten folgten 80 % der Einschätzung Tillschneiders, nachdem der Islam nicht aufklärungsfähig sei und auch nicht aufgeklärt werden solle. Noch nie seit Aufkommen der nationalsozialistischen Partei im Laufe der Weimarer Republik ist so entschieden und umfassend eine Religionsgemeinschaft zum Feind erklärt worden.

Im Aufruf zum nationalen Widerstand gegen Einwanderer, Muslime und die Merkel-Regierung verschwimmen die Grenzen zwischen Nationalkonservatismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. So sprach Björn Höcke beim zweiten Treffen des „Flügels“ am Kyffhäuserdenkmal im Sommer 2016 von einer nationalen Wendezeit: „Die Geduld unseres Volkes ist zu Ende, und schon die alten Römer wussten vom legendären Furor Teutonicus zu berichten. Liebe Freunde, wir lassen uns nicht abschaffen! Wir haben diese Wende eingeleitet, wir wollen diese Wende schaffen und wir werden diese Wende schaffen!“. Nach Ansicht von Andreas Zick und anderen Experten sind solche Sätze eine Aufstandsrhetorik.

„Vormarsch“ fürs erste gebrochen – Die Grenzen des autoritären AfD-Zaubers im Spätherbst 2016

Die Führung zerlegt sich im Dauerstreit. In fast allen Bundesländern toben Machtkämpfe zwischen rechts und ganz rechts, d. h. völkisch-rechtsradikal. Besonders im Landesverband von Nordrhein-Westfalen. Der Vorstand scheitert wiederholt mit der Abgrenzung gegen die, die mit Neonazis der NPD wie im Saarland kooperieren, an einer rechtsradikal besetzten Schiedskommission. Nicht einmal der Extrem-Antisemit Wolfgang Gedeon ist aus der Partei ausgeschlossen worden; es gäbe rechtliche Probleme.

Statt des von Frauke Petry herbeiphantasierten Trump-Effekts beobachten Umfrageforscher inzwischen in Europa einen Anti-Trump-Effekt. Ein international irrlichternder, eher destruktiver Rassist als kommender US-Präsident macht nun doch eher Angst, als dass er fasziniert. Österreich hat sich bei der Bundespräsidentenwahl gegen den Kandidaten der Rechtspopulisten entschieden. Die AfD stagniert in ihren

Umfragen. Man wird weiter sehen, welche Effekte eine weitere Konsolidierung der CDU und eine etwaige der SPD, gar eine bessere Politik haben.³

Von einer Partei nach dem herbeigesehnten Vorbild Österreich entfernt sich die AfD: Sie hat keine „charismatische“ Führung ala Jörg Haider, ist in sich zerstritten und bleibt in den Parlamenten äußerst blass – nicht nur in Brandenburg unter Alexander Gauland, der die, die er mobilisiert, verachtet und dessen Landesverband Ende November 2016 in Umfragen von 20 % auf 16 % abgerutscht ist. Die Partei hat ihren gefährlichen Gewaltsaum an ihren Rändern, kooperiert in Teilen mit dem sog. Institut für Staatspolitik – und mit den vom Verfassungsschutz beobachteten Identitären. Die Bedrohung für die AfD kommt auch von innen.

Das Versagen von Medien – Aufregung statt Aufklärung

Während Medien – vom WDR bis MOMA – von einem allgegenwärtigen „Vormarsch“ der Rechtspopulisten, von „Trump, AfD und Co“ faktenarm reden und von einem Zuschauerzahlen steigenden Aufregungsverhalten geprägt sind, existiert kaum ein Interesse an differenzierender Aufklärung.

Die Krisen – Wahrnehmungen sozialer, politischer und kultureller Entfremdung von Demokratie und Rechtsstaat

1. Die Erfolge der Rechtspopulisten wie der AfD sind ein rechtspopulistisches und rechtsradikales Massenphänomen, das zwar durch die Debatten um die Flüchtlingspolitik des letzten Jahres ausgelöst worden; diese Debatte war aber nur der Anlass für
 - eine in den Studien seit langem beobachtbare tiefe Politik- und Demokratieverdrossenheit – Das „wir werden sowieso nicht gefragt“ oder „wir sehen uns politisch und sozial abgehängt“ – und
 - rechtsautoritäre Mentalitäten (siehe Studien von Wilhelm Heitmeyer und von Andreas Zick u. a.)
 - deren Aktivierung durch Bewegungsangebote wie Pegida und AfD und
 - Mobilisierung einer rassistischen Gewaltwelle neonazistischer Kadernetze – wie seit den frühen 1990er Jahren nicht mehr.
2. Die Politik- und Demokratieverdrossenheit hängt zum einen mit Wahrnehmungen ökonomischer und vor allem sozialer Ungerechtigkeit zusammen:

3 Umfragen sind Momentaufnahmen, oft auch nicht genau genug. Anfang Dezember 2016 jedenfalls stagnieren die Umfragezahlen der AfD bei 11 bis 13 %. In zwei Bundesländern sind sie in Umfragen noch gestiegen. So in Sachsen auf 25 % und in Baden-Württemberg von 15,1 % bei den Landtagswahlen im März 2016 auf über 17 %. Sie stagnieren in Bayern bei 9 % und sind in 10 Bundesländern (leicht) gefallen von hohen 24,2 auf 22 % in Sachsen-Anhalt, von hohen 21 % auf 20 % in Thüringen, stärker in Brandenburg von 20 % auf 16 %, in Rheinland-Pfalz von 12,6 % nach den Wahlen im März auf 10 %, in Hamburg drastisch von 8 % auf 4 %. Vgl. <http://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/index.htm>.

- Mit der Ohnmacht gegenüber nicht beeinflussbaren finanzpolitischen Entscheidungen im Zuge der Weltfinanzkrise, der Euro-Krise und im Umgang mit Griechenland.
- Sie machen sich fest an der wachsenden Spaltung in Arm und Reich.
- An vielfacher Korruption, nicht nur im Skandal deutscher Autobauer um Abgaswerte, nicht nur beim internationalen Fußballverband FIFA.
- Mit der Gefahr der Altersarmut, der Arbeitsplatzunsicherheit und der mangelnden Perspektiven für die eigenen Kinder und Enkelkinder.

Dies sind ja keine Fehlwahrnehmungen. Sie zeigen, dass es in Deutschland und darüber hinaus sozial ungleich zugeht und wir nur scheinbar stabil dastehen. Wir leben längst – wie der Soziologe Oliver Nachtwey es beschrieben hat – in einer Abstiegs-gesellschaft. Die Ansicht, über Bildung einigermaßen sichere Arbeitsplätze und eine einigermaßen verlässliche Zukunftsperspektive zu haben, ist Geschichte.

3. Auch die Kriegs- und Krisensituationen in Teilen der Welt, vor allem im Nahen und Mittleren Osten, machen ohnmächtig und wirken emotional bedrückend. Dazu gehören die gefährlich außer Kontrolle geratenen Bürgerkriege in Syrien und im Irak genauso wie die Krimkrise und der Krieg in der Ukraine. Die internationale Politik fand auf diese Herausforderungen bisher keine Antworten, die Welt scheint „aus den Fugen“, so die an Shakespeares Hamlet angelehnte Charakterisierung des Außenministers Walter Steinmeier (SPD).

Die Staatengemeinschaft hat es nicht geschafft oder sogar ausdrücklich versäumt, Krisen und Kriege früh einzuschränken, nicht zuletzt durch den prekären Umgang des Westens mit Russland in den letzten 15 Jahren. Zum Versagen der Staatengemeinschaft zählt insbesondere die Präsidentschaft von Georg W. Bush in den USA. Er entfesselte – mit Unterstützung anderer – im Irak 2003 einen Angriffskrieg, ohne ein Konzept der Nation-Bildung nach dem Ende des Krieges zu haben. Durch den Krieg kam es zu über einer Million Toten. Die brutale Besatzung schuf die Bedingungen für die Entfesselung von Terror-einheiten. Der „Islamische Staat“ ist in vielerlei Hinsicht auch ein Resultat des verheerenden Umgangs der amerikanischen Besatzung mit der irakischen Bevölkerung nach 2003.⁴ Der Obama-Administration ist eine Einhegung der geerbten Kriegsherde nicht gelungen.

4. Wie sehr sich das soziale und politische Unbehagen mit der Erschütterung sozialen und demokratischen Fortschrittsglaubens und prekärer Globalisierungswirkungen vertieft hat und zur Gefahr für die Demokratie selbst wird, hat Armin Schäfer in seinem Buch „Der Verlust poli-

4 Vgl. Hajo Funke: Der amerikanische Weg. Hegemonialer Nationalismus in der US-Administration, Berlin 2002. Ders.: Gott Macht Amerika. Ideologie, Religion und Politik der US-amerikanischen Rechten. Berlin 2006.



tischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet“ jüngst herausgestellt.⁵ Darin weist er nach, wie sich mit der weltweiten Wirtschaftskrise 2008 die Krisenwahrnehmung verschärft hat. Entscheidend sei, wie sich der Bedeutungsgehalt der Demokratie ändert, wenn sich politische Entscheidungen nicht zuerst am Willen der Mehrheit, sondern vorrangig an der Bewertung des Regierungshandelns durch die Finanzmärkte oder den Ansprüchen von Gläubigern orientieren.

Zunächst konstatiert er, dass die rechtliche Gleichheit unter den Bedingungen wachsender sozialer Ungleichheit den Anstieg der Ungleichheit nicht mehr kompensiert, wodurch demokratische Grundprinzipien ausgehebelt werden. Es gibt eine Wirkungskette aus wachsender sozialer Ungleichheit, ungleicher politischer Partizipation und schließlich der Entscheidung zugunsten der politischen Aktiven, in deren Folge die Nichtbeteiligten benachteiligt werden.

So stimmen auch immer mehr der Aussage zu, dass Politiker nicht die Meinung der einfachen Leute vertreten, sondern stattdessen vor allem auf den eigenen Vorteil bedacht sind. Es ist ein Teufelskreis, der für die sozial Schwachen den Status als freie Bürger verhindert, so Armin Schäfer. Daraus resultiert ein Verlust politischer Gleichheit (angesichts sich ausweitender sozialer Ungleichheit) und mit dieser Entleerung der Demokratie wächst die Gefahr von rechts.

Die Verwandlung der Ängste in Aggressionen gegenüber schwächeren Sündenböcken – Zur politischen Psychologie autoritärer Aggression in ausgeweiteten Rändern der Bevölkerung

Die oft tief gestaffelten Erfahrungen und Wahrnehmungen sozialer und politischer Enttäuschung und anhaltender

Ungerechtigkeits Erfahrungen bei großen Teilen der Bevölkerung sind eine der Ausgangspunkte für die Entfesselung von Ressentiments. Sie richten sich in der Regel gegen präsente, aber als schwach empfundene und kritisierte Minderheiten: früher den Juden, heute den Migranten und nun den Flüchtlingen und den Muslimen. Aber auch den Langzeitarbeitslosen im Nachbarhaus. Wilhelm Heitmeyer und nun Andreas Zick haben in ihren Untersuchungen diese Verwandlung von Frustrationen in Aggression gegen Sündenböcke präzise nachgezeichnet.

Die allgemeine Stimmungslage, auf der Pegida und Teile der AfD ihre Ressentiments entfesseln können, haben Andreas Zick und Anna Klein in ihrer Studie „Fragile Mitte – Feindselige Zustände“ aufgezeigt.⁶ Darin offenbaren die Autoren einen Zusammenhang zwischen der persönlichen Erfahrung, ökonomisch nichts verändern zu können oder sich abgehängt zu fühlen, und einer Zunahme von Einstellungen, Wut an Schwächeren auszulassen. Die Autoren interessieren sich zunächst für demokratiepolitische Einstellungen.

In den Befragungen äußerten zwei Drittel Zweifel an gegenwärtigen demokratischen Aushandlungsprozessen. Der Aussage „Die gewählten Vertreter von Parteien zerreden alles und lösen keine Probleme“ stimmten 73,1 Prozent „eher“ oder „voll und ganz“ zu. Drei Viertel sahen die Demokratie durch politische Eliten missachtet: „Politiker nehmen sich mehr Recht heraus als normale Bürger.“ Ebenso gingen drei Viertel davon aus, dass letztendlich die Wirtschaft in unserem Land und nicht die Politik entscheidet. Genauso viele meinten, dass in Deutschland zu wenig gegen soziale Missstände protestiert wird.

Auch wenn es gegenteilige Erfahrungen geben mag – das Ausmaß von Politik- und Demokratieverdrossenheit sowie die Enttäuschung darüber, wie Demokratie funktioniert, ist schon länger dramatisch. Besorgniserregend ist, dass trotz des relativen Wohlergehens der Bundesrepublik Deutschland die

⁵ Vgl. Armin Schäfer: Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt am Main 2015.

⁶ Andreas Zick, Anna Klein: Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Herausgegeben von der die Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, 2014

Enttäuschungen in den letzten 25 Jahren nicht abgenommen, sondern sich zum Teil noch verstärkt haben.

Die Resignation, dass der Stärkere sich ohnehin durchsetzt, in der Ökonomie wie im gesellschaftlichen Leben, verbindet sich gerade unter Pegida-Anhängern mit den Erfahrungen der Ohnmacht hin zu autoritären Reaktionen. Um der Ohnmachtserfahrung zu entgehen, stellt man sich wie in einem emotionalen Umkippprozess auf die Seite der Stärkeren und verachtet nun selbst jene, die als schwach gelten, z.B. Langzeitarbeitslose, Bettler oder alle, die man als fremd, als nicht zugehörig definiert. Bewusst oder unbewusst macht man sie so zu Sündenböcken des eigenen Schicksals. Auf dieser Grundlage finden Aussagen, dass Langzeitarbeitslose selbst Schuld hätten an ihrem Schicksal oder dass es „wertes“ und „unwertes“ Leben gebe, erhöhte Zustimmung.

Wachsende Islamfeindlichkeit – Mehr als ein Drittel

Nach der jüngst veröffentlichten Studie „Gesplante Mitte – Feindselige Zustände“ 2016 stimmen 28 % der Meinung zu, die regierenden Parteien betrügen das Volk. Ein knappes Drittel glaubt, dass es an der Zeit ist, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen und gut ein Drittel der Bevölkerung (37 %) teilen die Vorstellung einer Islamverschwörung. Knapp 45 % der Befragten sind der Ansicht: der Islam hat in Deutschland zu viel Einfluss und 40 % meinen, die deutsche Gesellschaft sei vom Islam unterwandert. Fasst man beide Aussagen zu einer Skala zusammen, kommen die Autoren zu dem Ergebnis, dass 37 % Vorstellung einer Islamverschwörung teilen. Dabei korreliert die Vorstellung einer Islamverschwörung deutlich mit der Muslimfeindlichkeit und der allgemeinen Fremdenfeindlichkeit.

Rechtsradikalisierung der AfD-Sympathisanten zwischen 2014 und 2016

Offenkundig hat es zwischen 2014 und 2016 ein Rechtsruck in den Einstellungen der AfD-Sympathisanten gegeben – wenn

auch keine erhebliche Ausweitung. Dementsprechend geben die Daten Hinweise darauf, dass sich durch den Kurswechsel der AfD auch die angesprochene Klientel über die Zeit verändert hat. Dem könnte entsprechen, dass sich in den Landtagswahlen des Jahres 2016 zeigt, dass die Partei heute stärker in sozioökonomisch benachteiligten Gruppen auf Sympathie stößt als noch im Jahr 2014. Zusätzlich zum niedrigen Bildungsniveau und zu dem Befund, dass Männer deutlich stärker mit der AfD sympathisieren als Frauen, gewinnen 2016 auch die Faktoren niedriges Einkommen, ostdeutsche Herkunft sowie jüngeres Alter Einfluss auf die Partei-Sympathie.

Hinzu kommt, dass die Zusammenhänge zwischen AfD-Sympathie und geäußerten abwertenden Vorurteilen sowie rechtsextremen Einstellungen deutlich enger geworden sind. Dabei sticht die deutlich häufigere Abwertung von Einwanderern, Asylsuchenden und Muslimen hervor. Genau diese Gruppen haben in den letzten Jahren die politische Debatte bestimmt und standen im Fokus der Ablehnung durch die AfD. Die Abwertung erfolgt heute immer häufiger und deutlich direkter, so dass die Autoren von einer Verschiebung der Norm ausgehen. Sie werden durch neue Herausforderungen etwa im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise und islamistisch oder vermeintlich islamistisch motivierten Anschlägen, einer diffus steigenden Angst in der Bevölkerung sowie einer kollektiven Angst vor sozialen Abstieg offenkundig verbunden.

Das hieße, dass sich der Rechtsruck – wenn dem nicht sozial und politisch stärker entgegengewirkt wird – weiter verstärkt und verselbständigt und immer weniger abhängig von Wahrnehmungen sozialer Ängsten wird – ein Prozess, den wir für die sich verselbständigende Radikalisierung gewaltbereiter rechtsradikaler Szenen in den 1990ern Jahren nachzeichnen konnten (Funke 2002). „Gelingen diese Anknüpfungen an die Stimmungslagen in der Mehrheitsgesellschaft bei gleichzeitiger Vermittlung des Eindrucks der unzureichenden Problematisierung durch das etablierte Parteiensystem, dann wird sich die Normverschiebung mit hoher Wahrscheinlichkeit weiter verstetigen.“, so die Mitte-Studie.



Sturmzeichen an der Wand. Identitäre und andere extreme neue Rechte – Ernstfall-Ideologie des Bürgerkriegs

Die verschiedenen Gruppen der extremen neuen Rechten – darunter vor allem das Institut für Staatspolitik und die Identitäre Bewegung – vermitteln das Gefühl, sie seien an der Geburtsstunde einer großen völkischen Revolutions-Bewegung beteiligt. Man trifft sie auf Veranstaltungen in Magdeburg, wo die AfD ihren größten Wahlerfolg feierte, ebenso auf den Kundgebungen Björn Höckes in Erfurt, bei den Jungen Alternativen in Berlin und anderswo. Immer gehören sie zu den Aktivsten.

Das im Mai 2000 gegründete und von Götz Kubitschek geleitete Institut für Staatspolitik (IFS) in Schnellroda (Thüringen) gilt nach Einschätzung von Beobachtern als Zentrum der extremen neuen Rechten und Kubitschek selbst als maßgeblicher Akteur der extremen neuen Rechten in Deutschland. Er ist Geschäftsführer des rechtsextremen Verlags Antaios und verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift Sezession. Er initiierte mehrere politische Kampagnen, darunter die Bewegung „Ein Prozent für unser Land“. Im Jahre 2015 trat er mehrfach bei den Pegida- und Legida-Demonstrationen in Dresden und Leipzig als Hauptredner auf.

Volker Weiß schreibt dazu in Jungle World vom 28. Mai 2015 über alte Faszinationen der (extremen) neuen Rechten: „Am ersten Märzwochenende (2015) weilten die Pegida-Werbetrommler der Sezession, Götz Kubitschek und Ellen Kositzka, in Rom auf einer Großdemonstration italienischer Neofaschisten. Beeindruckt kehrten sie heim zum kleineren Format Pegida. Ellen Kositzka träumte in der Sezession schließlich beides zusammen: „Die gigantische Kundgebung der Lega Nord am Wochenende in Rom war faszinierend. Pegida Dresden gestern war es auch – auf völlig andere Weise.“ In der Betrachtung des römischen Aufmarsches wird auch deutlich, wie man sich in ihren Kreisen die Zukunft von Pegida wünscht: „Pathetische Bombast-Musik, dann der wuchtige Einzug der Casa-Pound-Hundertschaften von der höhergelegenen Viale Gabriele d'Annunzio auf den bereits dicht gefüllten Platz. Tosender Beifall, undenkbar dies alles in Deutschland!“

Elementar. Wild. Entschlossen. Heroisch – Ernst Jüngers Kriegs- und Faschismusfaszination⁷

Heute nutzen Identitäre ideologisch – darauf hat Micha Brumlik jüngst eindrücklich hingewiesen⁸ – die zutiefst autoritären, teils faschistischen Texte der „Konservativen Revolution“ aus der Zeit der Weimarer Republik. Zu den Aktivsten zählt der zeitweise aus Wien zu Kubitscheks Verlagsanwesen gezogene Identitäre Martin Sellner.

In vom Antaios-Verlag verlegten „Gelassen in den Widerstand“ (Streiga 2015) plädieren Martin Sellner und Walter Statz – man hört die Sprache Ernst Jüngers heraus – für eine

7 Vgl. Hajo Funke: Rausch und Rage, in: Ders.: Paranoia und Politik, Berlin 2002.

8 Vgl. Micha Brumlik: Das alte Denken der neuen Rechten. Mit Heidegger und Evola gegen die offene Gesellschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, März 2016.

„geistige (und politische) Verschärfung“: „Wir wollen die Herzen in Brand setzen, etwas in Bewegung bringen, die entscheidenden Fragen erneut, tiefer und mit politischen Folgen stellen. Die geistige Unruhe, der schlafende Furor teutonicus, das ewig unzivilisierbare, urdeutsche Fieber, das uns aus germanischen Urwäldern wie aus gotischen Kathedralen entgegenstrahlt, versammelt sich in uns. Unsere Gegner wissen das, und sie haben Angst. Sie wissen von der Möglichkeit der spontanen Eruption und Regeneration. Und sie wissen, dass wir nicht mehr in ihre Fallen laufen, dass wir ihren Schablonen und Gängelbändern entwachsen sind. Ich glaube, wir leben in einer Zeit der Entscheidung. Ich glaube, dass unsere Arbeit als Kreis, im Denken und Hören auf das Sein, organisch in den politischen Kampf einer Massenbewegung, in die politische Arbeit einer Partei eingebunden ist.“⁹

Anhaltende Gewaltdynamik 2016

2015/2016, nach einem Jahr Herausforderung durch Geflüchtete, ist die Abwehr noch einmal verstärkt. Dabei spielen die Straßenproteste vielleicht die entscheidende Rolle, den Resonanzraum so ins Schwingen zu bringen, dass sich die Lust ausgebreitet hat, es mit Brandstiftung gegen Flüchtlinge zu versuchen. Oder wie in Heidenau schlicht gegen alle, die Muslime und Flüchtlinge unterstützen, zu hetzen, auch gegen die Bundeskanzlerin.

Irgendwann 2015, 2016, vielleicht auch erst nach den Terroratzen von zwei Flüchtlingen in Bayern im Sommer 2016 ist es für viele sehr klar, ja, sie sollen sich anpassen, aber auch wenn sie angepasst sind, sind sie nicht integrierter Teil unserer Gesellschaft! Sie können sich noch so anpassen – sie werden kein Teil der deutschen Gesellschaft.

Die Tatsache, dass allein in den ersten neun Monaten des Jahres 2016 das Bundeskriminalamt 1800 politisch motivierte Straftaten gegen Asylbewerber, Flüchtlinge und Unterstützer verzeichnet hat, und in 507 Fällen von fremdenfeindlicher Gewalt spricht, zeigt, dass Gefahr in Verzug ist. Denn diese Zahl ist fast doppelt so hoch wie im gesamten Jahr 2015. Und wie wir wissen war sie schon 2015 doppelt so hoch wie im Jahr 2014. Diese Gewalt hat ihre Spitzen dort, wo es etablierte neonazistische gewaltbereite Netzwerke gibt, wie in Mecklenburg Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie Brandenburg, gegen die bisher Polizei, Politik und Zivilgesellschaft weitgehend machtlos ist.

Fazit

Die Entfesselung von Ressentiments – ein Kerngeschäft der Rechtspopulisten in Europa – zeichnet sich in Deutschland inzwischen seit über zwei Jahren ab und hat sich selbst radikalisiert. Pegida – und seit Mitte 2015 zunehmend auch die AfD – entfesseln Feindseligkeiten gegenüber Flüchtlingen. Durch diese Entfesselung von Ressentiments mobilisieren die Verantwortlichen von Pegida und AfD – ob gewollt oder nicht

9 Vgl. Martin Sellner, Walter Statz: Gelassen in den Widerstand, Streiga 2015.

– neonazistische Gewalttäter. Wir haben es in Deutschland mit einer Bewegung zu tun, die unmittelbar Gewalt auslöst, und das in einem Ausmaß, wie wir es seit Jahrzehnten nicht mehr kannten.

Bei deutschen Rechtspopulisten und Rechtsradikalen ist damit die gewaltgefährliche Wirkung weitaus präsenter als bei anderen Rechtspopulisten Europas wie beispielsweise der FPÖ.¹⁰

Dies sind die Elemente einer Radikalisierung von Bewegung, Partei und Gewalt, die wenn sie nicht mit anderen Mitteln als bisher gestoppt wird, in Teilen der Republik dazu ausgerichtet werden, vorbürgerkriegsähnliche Zustände zu provozieren. Erfolgreich ist es in dem Maße, in dem, wie offenkundig zeitweise in Bautzen und Freital geschehen, Polizei, Politik und Zivilgesellschaft das öffentliche Feld nicht nur rechtsextremen, sondern neonazistischen Gewaltverbrechern überlassen.

Ist dies einmal eingerissen und wird dem weiter nachgegeben, dehnt sich diese dynamische Interaktion von aufreizender Rede und ethnischen Säuberungswillen noch aus. Im November warnte das BKA erneut vor der Bildung rechtsterroristischer Gruppen in Räumen mit auffällig hoher Straftatendichte.¹¹

Konsequenzen. Gute Politik. Mehr soziale Demokratie wagen. „Europa geht auch solidarisch“¹²

Als Demokraten in Europa brauchen wir: Aufklärung statt Aufregung.

1. Eine Kritik an der Rücksichtslosigkeit und dem Rassismus, da, wo er in Europa rechtspopulistisch auftaucht. Angemessen differenzierte Aufklärung über religiöse Überlieferungen und ihre jeweiligen Interpretationen im historisch-gesellschaftlichen Kontext, vor allem der drei monotheistischen Religionen.

Menschenwürde – Kritik gegenüber Abwertung, Entfesselung von Ressentiments und Rassismus

2. Klare Kante gegen Rassismus, Sexismus und Antisemitismus. Wir brauchen Sicherheitsbehörden, die ihren Job machen. Es braucht eine entschiedene Haltung und kein Wegducken von Politik und Öffentlichkeit – wie am 1. Mai 2016 in Zwickau. Wir sollten Geflüchteten helfen. Pragmatisch und human! Merkel hatte recht.

10 Inzwischen aber steigen auch in Österreich die Gewaltzahlen im Kontext der Debatte um die Aufnahme von Flüchtlingen an. Am 1. Juni 2016 kam es zu einem ersten Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Altenfelden/Oberösterreich, wobei das gesamte Gebäude zerstört wurde.

11 Vgl. „BKA fürchtet Tote durch Angriffe von rechts“, in ZEIT-online vom 13.11.2016.

12 Klaus Busch, Axel Troost, Gesine Schwan und Fank Bsirske u.a.: Europa geht auch solidarisch!, Hamburg 2016.

Solidarität

3. Eine soziale Kehrtwende, die sich auch in einem Stil des Sich-Kümmerns für die, die sich abgehängt sehen, umsetzt. Wir sollten soziale Ängste ohne ihre demagogische Aufladung ernstnehmen – und praktisch angehen: Durch mehr bezahlbare Wohnungen und gegen den Mietwucher. Durch einen Abbau der demütigenden Sanktionen in Sachen Hartz IV. Durch ein überprüfbares Eindämmen der Altersarmut. Durch eine Vermögenssteuer für die Vermögenden. Durch ein Ende der strikten Sparpolitik – in Deutschland und Europa für mehr vernünftige Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Arbeit. Durch eine Zähmung der Schatten der neoliberalen Globalisierung in Europa. Wie dies Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Kirchen und zivilgesellschaftliche Gruppen wie attac oder Campact fordern.

Ein großer Teil der gegenwärtig rechtspopulistisch Mobilisierten lässt sich durch gute glaubwürdige, sozial sensible Politik zurückgewinnen. Niemand wird als Rassist geboren.

Und: Mehr als $\frac{3}{4}$ wollen Kriegsflüchtlingen Schutz gewähren; an die acht Millionen Flüchtlingshelfer bilden die größte zivilgesellschaftliche Initiative, die es je in Deutschland gegeben hat. Sie brauchen ein besseres, weniger restriktives Management der Zuständigen, nicht nur in Berlin.

Glaubwürdiges politisches Personal

4. Die demokratischen Parteien sollten ihre Selbstbezogenheit durch radikale Selbstkritik verändern – im Sinn einer responsiven/verantwortungsvollen und sozialen Politik. Das gilt für die CDU, die Grünen und eine Sozialdemokratie, die sich nicht mehr dem neoliberalen Credo beugt, sondern eine soziale SPD ist. Es bringt nichts, wenn wie Teile der Partei Die Linke man nur gegen Euro oder die EU ist – das ist im Zweifel rigide und fundamentalistisch, aber keine sozial verantwortliche und solidarische Politik. Wir brauchen nicht nur Identitätspolitik für Minderheiten, sondern einen Spirit, der sich an alle richtet.

Jürgen Habermas hat in der ZEIT in der ihm eigenen Präzision die doppelte Herausforderung an Gesellschaft und Politik in Deutschland und Europa herausgearbeitet:¹³ Auf dem Weg zu einem sozialen Europa müssen „die Bürger erkennen können, dass jene sozialen und wirtschaftlichen Probleme angepackt werden, die die Verunsicherung, die Angst vor sozialen Abstieg und das Gefühl, die Kontrolle zu verlieren, verursachen. Sozialstaat und Demokratie bilden einen inneren Zusammenhang, den in einer Währungsgemeinschaft nicht mehr der einzelne Nationalstaat allein verbürgen kann“.

13 Jürgen Habermas im Interview mit Thomas Assheuer, „Die Spieler treten ab. Kerneuropa als Rettung“, in: <http://www.zeit.de/2016/29/eu-krise-brexit-juergen-habermas-kerneuropa-kritik> vom 9. Juli 2016.

Interview

„Jeder muss sich fragen: Ist das die Welt, in der wir leben wollen?“

Ein Interview mit Beate Küpper (Hochschule Niederrhein)



Kumpelverein: Rechtspopulismus ist momentan eine politische Strömung, die erheblich im Aufschwung ist. Können Sie sagen, woher er stammt und wie er sich bis in die Gegenwart entwickelt hat? Wie kann man Rechtspopulismus definieren und wie grenzt er sich von anderen politischen Strömungen ab?

Beate Küpper: Rechtspopulismus wird in den Politikwissenschaften als Bezeichnung für politische Programme, Parteien oder Bewegungen verwendet. Damit wird ein Politikstil bezeichnet, der sich an das „Volk“ wendet und für sich reklamiert, für „das Volk“ zu sprechen. Dabei wird „das Volk“ als eine vermeintliche Einheit angesprochen und romantisiert. Suggestiert wird, es gäbe so etwas wie ein homogenes Volk. Die Vielfältigkeit der Bevölkerung, der Meinungen und Interessen werden dabei ignoriert. Darüber wird auch die Identität angesprochen. Diese wird durch den Mythos eines homogenen Volkes immer auch in Abgrenzung zu anderen, die als nicht dazugehörig definiert werden, konstruiert. Erfolgreich können populistische Bewegungen vor allem dann werden, wenn sie eine charismatische Führungsfigur aufweisen können. Rhetorische Stilmittel sind die Vereinfachung komplexer Sachverhalten, das Anbieten einfacher Lösungen, die Provokation und das Schüren von Emotionen wie Angst, Hass und Wut.

Was sind prägnante Strukturmerkmale von rechtspopulistischen Organisationen?

Es gibt mehrere rechtspopulistische Einstellungsmuster, die übergreifend in Organisationen und Parteien vorhanden sind. Die Abwertung von sozialen Gruppen ist ein Hauptmerkmal und trifft gegenwärtig vor allem Muslime und Roma. Öffentlich nicht in dem Maße ausgeprägt, ist Antisemitismus, der momentan rudimentär vorhanden ist und sich nicht in seiner Extremität äußert. Sexismus, also die Abwertung von Frauen aufgrund ihres Geschlechtes, sowie Homophobie sind ebenso Wesensmerkmale, wie man an den Veranstaltungen von Pegida in Dresden sieht.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Forderung nach mehr „law and order“, womit sich der Wunsch nach einem Gesellschaftsprinzip äußert, das stark auf Ordnung und Disziplin ausgelegt ist. Dieser Autoritarismus ist momentan ein zentrales Element und arrangiert sich dann auch immer mit einem Demokratiemisstrauen, das in Verbindung mit dem Stereotyp auftaucht, PolitikerInnen seien vom Volk zu weit weg und würden sich nach eigenen Regeln leben. Diese Distanz führt dann immer zu der Erkenntnis, dass Demokratie als geeignete Gesellschaftsform nicht tauglich ist. Ein Merkmal, das auch bei Pegida immer wieder auftaucht.

Dazu muss man die rhetorische Ebene genauer betrachten. Rechtspopulistische Organisationen gehen von einer „oben-unten“-Perspektive aus, die klar Menschen einteilt. Unten steht das Volk, das sich als „wir hier unten“ begreift und damit die breite Basis der Gesellschaft darstellt. Dem gegenüber sind „die da oben“, denen elitäres Verhalten vorgeworfen wird. In diesem Kontext findet dann noch eine andere Differenzierung statt, nämlich „wir“ und „die“. Hierbei wird das eigene als „wir“ definiert, was häufig als homogen deklariert wird. Negiert wird, dass Untersuchungen festgestellt haben, dass das „Wir“ sehr heterogen ist, und damit der Anspruch auf Einheit real nicht existiert. Mit der Bezeichnung „die“ findet dann eine weitere Abgrenzung statt, die Menschen im Vorfeld schon aus einer Gesellschaft ausschließt. Hierzu zählen besonders geflüchtete Menschen und FeministInnen, die abgelehnt werden.

Besonders bei Pegida sind diese zwei Ebenen der Unterscheidung mit dem Spruch „Wir sind das Volk“ präsent. Dort wird der Unterschied deutlich. PolitikerInnen und die MedienvertreterInnen werden grundsätzlich als „die“ abgelehnt, die zusätzlich noch „die da oben“ sind. AnhängerInnen dieser Struktur haben somit Einstellungsmuster, die eine Unterscheidung aufgrund von Herkunft, Religion bzw. Sprache vornehm-

men. Fragmentarisch tauchen auch rechtspopulistische Muster in anderen politischen Strömungen auf, die jedoch nicht das Einstellungsmuster verinnerlicht haben.

Besonders wichtig ist es für Rechtspopulisten in der Öffentlichkeit aufzutreten. Welche Strategien werden angewandt und wie äußert sich das in der politischen Debatte?

Die Präsenz in der Öffentlichkeit ist enorm wichtig und führt dann auch zu Mitteln, die Vereinfachung, Provokation und das Schüren von Ängsten mit beinhalten. Das Motto ist simpel: Möglichst viel Öffentlichkeit muss geschaffen werden, die offenkundig auch zu Empörung führen kann. Dabei ist das Credo, nicht alle Menschen zu überzeugen, sondern einen gewissen Prozentsatz als Adressat zu erreichen. Die These vom Schießbefehl an der Grenze, angestoßen von Beatrix von Storch, zeigt das Muster auf. Sie war mit dieser Aussage zwei Wochen in der Presse. Im Prinzip ging es um eine Normalisierung von ethisch kritischen Meinungen. Zum einen wurden Menschen angesprochen, zum anderen wollte man eine Verschiebung des Sagbaren, womit dann auch politische Grundwerte normalisiert werden, die eigentlich ethisch zweifelhaft sind. Dieser Ankereffekt wirkte sich hier positiv auf die Umfragen der AfD aus.

Eine weitere Taktik ist das Verbinden von negativen Vorfällen mit einer gewissen Menschengruppe, die dann automatisch damit assoziiert werden soll. Nach den Vorfällen in Köln zu Silvester 2015 war dies deutlich zu spüren. Vergewaltigung wurde nur mit geflüchteten Männern in Verbindung gebracht. Dass Statistiken von Bundeskriminalamt oder der Polizei diese Verbindung nicht belegen, dass einzig geflüchtete Männer Verbrechen von Vergewaltigung ausführen, hat kaum den Effekt in der Debatte gehabt, differenzierter vorzugehen. Die Öffentlichkeit knüpfte hier an rassistische Stereotype an. Damit war ein differenziertes Aufarbeiten der Vorfälle in Köln nicht mehr möglich.

Was wir auch feststellen, ist eine Verschärfung und Radikalisierung von AnhängerInnen, die besonders über das Internet bzw. soziale Plattformen erfolgt. Dort trifft man Gleichgesinnte und man bekommt seine Meinung bestätigt. Gerade so eine Bestätigung von anderen Menschen erzeugt einen Motivationsschub, nicht allein zu sein. Da solche Plattformen häufig nicht andere Blickwinkel zulassen, schaffen sich viele NutzerInnen eine Informationsblase, die abweichende Meinungen nicht mit einbezieht oder sogar informative Quellen völlig ausblenden bzw. als falsch einordnen. Es werden Gruppennormen kreiert, die in vielen Fällen zu einer Radikalisierung der Sprache führt. Anhaltende Bestätigung und die geringe Sanktionierung führt zu einer eigenen Welt.

Die Darstellung als eine „Bewegung von unten“ scheint ein Merkmal zu sein, dass Abgrenzung impliziert. Man kann von einem Mechanismus sprechen, der angeblich die „schweigende Mehrheit“ repräsentiert. Ist dies Realität? Und woher kommt dieses Phänomen?

Sie ist nicht die vorgegebene „schweigende Mehrheit“, sondern eine schrille, laute und hetzerische Minderheit, die sich ihrem eigenen Milieu zunehmend radikalisiert. Die Mehr-

heit will dagegen eine offene und plurale Gesellschaft, was auch Untersuchungen belegen. Schon die Tatsache wie viele Millionen Menschen sich in der Flüchtlingshilfe durch ehrenamtliche Arbeit engagieren, beweist ein mehrheitliches Opponieren gegen rechtspopulistische Ansichten in der Öffentlichkeit.

Das Schüren von Ängsten sticht ebenso hervor und verursacht laut Umfragen ein Unbehagen, das nach Ereignissen wie in Köln auch in Rassismus münden kann. Welche Rolle spielt „Angst“ für Rechtspopulisten und wie kann man dem begegnen?

„Angst“ ist momentan eine Mischung aus Fiktion und Realität. „Ja, ich habe Angst, weil Flüchtlinge hierher kommen.“, sagen 50%. Die andere Hälfte der Bevölkerung sagt das nicht. Interessant ist der Aspekt, dass Menschen, die sagen, sie haben Angst, kaum mit geflüchteten Menschen Kontakt haben, weshalb man hier nach den genauen Ursachen von „Angst“ schauen muss.

Aufgrund der Konstellation der TeilnehmerInnen bei Pegida oder auch von AfD-Veranstaltungen können wir feststellen, dass die meisten Menschen Angst haben, Privilegien zu verlieren. Weil geflüchtete Menschen zu uns kommen, haben die Menschen die Bedenken, dass sie etwas abgeben müssen. Dieses Prinzip tauchte auch auf, als Frauen vermehrt in die Arbeitswelt eintraten. Dort waren ähnliche Mechanismen zu registrieren.

Verstärkt ist das Phänomen der Existenzangst im Osten feststellbar. Vermutlich sind hier auch die Erfahrungen aus dem Transformationsprozess der 1990er Jahre relevant, eine weitere gesellschaftliche Veränderung abzulehnen.

Und natürlich ist der Prozess der Globalisierung zu erwähnen, der mitunter zu wirtschaftlichen Umstrukturierungsmaßnahmen führen kann, die Unsicherheit auslöst. Auch hier sind materielle Ursachen und Befürchtungen ausschlaggebend.



Wir dürfen jedoch nicht automatisch den Schluss ziehen, dass Armut die Ursache von Rechtspopulismus ist, sondern ein Gefühl der kollektiven Benachteiligung. Arme Menschen neigen nicht automatisch zu Rechtspopulismus, sondern gleichermaßen können bei sozial-schwächeren Einkommensgruppen solidarische Effekte mit Geflüchteten auftreten.

Psychologisch ist „die Masse“ für viele Menschen eine Bedrohung. Im Sommer 2015 flüchteten hunderttausende Menschen nach Deutschland. Als Beobachter der Öffentlichkeit hatte man den Eindruck, dass viele Menschen den Mechanismus der Bedrohung, den Rechtspopulisten gerne nutzen, als real auffassten. Dagegen hatten wir parallel im Sommer 2015 eine enorme zivilgesellschaftliche Unterstützung für geflüchtete Menschen. Wie kann man diese unterschiedliche Auffassung gegenüber geflüchteten Menschen erklären?

Der Begriff „Masse“ erzeugt psychologisch bei vielen Menschen Angst. Die Terminologie wie „Flüchtlingstsunami“ ergibt dann automatisch einen Angsteffekt, weil das Bild von einem Tsunami bei den Menschen Furcht auslöst. Dagegen hilft die individuelle Erfahrung, die dann das Subjekt aus der Masse hervorhebt und somit Empathie entstehen kann. Die Menschen sehen dann, dass der geflüchtete Mensch ein Individuum ist, das eine eigene Geschichte und Erfahrungen hat, die personalisiert und nicht anonym auftritt. Gemeinsamkeiten kommen zum Vorschein und die unscheinbare Masse bekommt dadurch ein Gesicht. Persönlicher Kontakt ist deshalb enorm wichtig, um diese scheinbare Anonymität zu durchbrechen.

Man sieht dann auch, dass geflüchtete Menschen dankbar sind, wenn ihnen geholfen wird oder sie ihre Geschichte erzählen können. Solche Kontakte und das Kennenlernen schaffen es dann auch, Probleme einfacher zu lösen. Wenn man sich kennt, kann man Probleme einfacher ansprechen und aus der Welt räumen.

Für viele Menschen ist der tägliche Rassismus, der sich gegen geflüchtete Menschen richtet, ein Problem, dem sie ohnmächtig gegenüber stehen. Haben Sie Hilfestellungen oder Tipps, wie man dieser Ohnmacht begegnen kann?

Das BKA gibt an, dass es 2016 444 Übergriffe auf HelferInnen bundesweit gegeben hat. Ein Zahl, die eventuell noch höher liegt. Dazu kommen, dass Rechtfertigungsdebatten ein alltägliches Phänomen geworden sind, die mittlerweile in der Familie oder auch am Arbeitsplatz stattfinden. Menschen müssen erklären, warum sie anderen Menschen helfen. Dies ist durchaus negativ zu sehen. Karikative Arbeit wird somit nicht anerkannt, sondern stigmatisiert. Eine Tendenz, gegen die man verstärkt gegensteuern muss.

Es geht dabei schlicht um eine gewisse Aufmerksamkeit oder ein einfaches Dankschön, was im Alltag für den Helfenden schon eine enorme Wertschätzung sein kann. HelferInnen dürfen nicht den Eindruck gewinnen, dass sie gesellschaftlich isoliert sind. Da können besonders Medien helfen. Dort sind die zahlreichen Hilfsmaßnahmen kaum noch präsent, sondern nur das Abwertende und Polarisierende. Wichtig ist ebenso, dass sie die Helfenden nicht überfordern, sondern mit Gleichgesinnten über ihre Arbeit reden, schon um Soli-

darisierungseffekte zu erzeugen, die für die Arbeit wie auch den Menschen selbst wichtig ist.

Die Sprache wird rauer, nicht nur bei PolitikerInnen der AfD oder Pegida. Die Entwicklung wirkt auch im Alltag und erschwert vernünftige Diskussionen. Wie kann man diesem Trend entgegen wirken? Oder hilft da nur selbst zu populistischen Stilmitteln zu greifen?

Populismus als Antwort auf Populismus lehne ich ab. Stattdessen plädiere ich für eine Sachlichkeit in der Debatte, die wieder in den Vordergrund gestellt werden muss. Diese abwertende Sprache darf nicht Normalzustand werden.

Was viele Menschen vergessen ist, dass schon seit Jahrhunderten Menschen nach Deutschland flüchteten und auch hier sesshaft wurden. Darauf sollte verstärkt hingewiesen werden. Einige Protagonisten rechtspopulistischer Organisationen und Meinungen sollten da einfach mal in die eigene Familiengeschichte schauen. Der Mensch, der rechtspopulistisch agiert, soll keine moralische und politische Unterstützung erhalten. Stattdessen solle man solchen Aussagen mit Missfallen in der Öffentlichkeit begegnen, um dem eigenen Umfeld zu signalisieren, dass die politische Einstellung nicht von der eigenen Person getragen wird.

Hier geht es vor allem darum, Menschen, die teilweise die Meinung des Rechtspopulismus vertreten, mit einer Haltung zu überzeugen, dass die rechtspopulistische Meinung nicht akzeptiert wird. Empathische Fragen sind gleichsam legitim und können zu einem Umdenken führen. „Warum bist du Menschen gegenüber so gemein?“ Oder in Bezug auf die Unterkünfte: „Würdest du auch so leben wollen?“ Solche Fragen können zu einem Nachdenkenprozess führen.

Nicht empfehlen kann ich Einzelgespräche mit überzeugten AnhängerInnen von rechtspopulistischen Positionen. Dort verpufft jedes Argument bzw. wird so umgedeutet, dass man als jemand dargestellt wird, der von der „Lügenpresse“ verführt worden sei. Sachliche Argumente, ruhig vorgetragen, führen meistens bei solchen festgefahrenen Meinungen zu keiner positiven Reaktion. Aber dagegen halten und den eigenen Standpunkt vertreten, ist auch hier wichtig.

Viele Menschen begegnen Rassismus häufig, indem sie positive Eigenschaften betonen, die angeblich eine Gruppe von Menschen aus einer Nation, Kultur oder Religion haben. Ist das ein sinnvoller Ansatz? Oder müssen wir anders argumentieren lernen?

So eine Umkehrung kann nicht der richtige Weg sein. Sie basiert dann auch auf der Annahme, dass Charakter und individuelle Eigenschaften aufgrund der Herkunft oder Sprache erfolgen. Damit werden auch wieder Stereotype vermittelt, die eben nicht den einzelnen Menschen im Mittelpunkt sehen.

Viel besser ist es auf Ähnlichkeiten und Überschneidungen hinzuweisen, die jedoch nur betont werden können, wenn Erfahrung und Wissen vorhanden ist. Dabei ist es wichtig, sich nicht beirren zu lassen und an dem Prinzip des Kennenlernens festzuhalten. Grundsätzlich kann sich jeder selbst fragen: Ist das die Welt, in der wir leben wollen?

Vielen Dank für das Gespräch.

Die unsichtbare Politik der Willkommensgesellschaft

Dr. Serhat Karakayali (HU-Berlin)



Die in diesem Text vorgestellten Ergebnisse sind aus Forschungen an der Humboldt Universität, der Oxford University und dem IMIS in Osnabrück entstanden – in Zusammenarbeit mit Dr. Olaf Kleist und Dr. Ulrike Hamann. In diesem Forschungszusammenhang haben wir seit 2014 bundesweite Erhebungen mit Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit durchgeführt und zuletzt Interviews mit ca. 30 Koordinatoren von Initiativen aus über das Bundesgebiet verteilten Städten unterschiedlicher Größe geführt. Zuletzt fanden Fokusgruppen-Gespräche und Einzelinterviews mit Ehrenamtlichen in Berlin, Brandenburg und Sachsen statt.

Eines der wichtigen Ergebnisse ist zunächst, dass die Zahl der Ehrenamtlichen seit dem Jahr 2011 kontinuierlich angestiegen ist und es im letzten Sommer zu einem großen Zuwachs kam, der die Zusammensetzung dieses Feldes deutlich verändert hat. Waren es bis 2015 noch weitgehend bewegungsnahe Akteure, die sich mit einem einigermaßen kohärenten Weltbild für Flüchtlinge engagierten, kamen im vorigen Jahr sehr viele neue Ehrenamtliche dazu, die vorher noch keine Erfahrung mit den Themen Migration und Flucht hatten. Es ist auch erwähnenswert, dass der Beginn des Engagements bei den meisten zeitlich mit einer Phase zusammenfällt, in der in Deutschland zum ersten Mal seit mehr als einem Jahrzehnt die Flüchtlingszahlen wieder gestiegen waren.

Durch die erhebliche Zahl der Flüchtlinge, deren Verteilung auf ländliche Gegenden, aber auch durch die Tatsache, dass die Bundeskanzlerin und viele Leitmedien die Aufnahme der Flüchtlinge positiv begleitet haben, sind – so können wir zeigen – Personenkreise hinzugekommen, die das Gesamtbild in Richtung der sogenannten „gesellschaftlichen Mitte“ hin verschoben haben. So finden sich heute unter den Ehrenamtlichen viel mehr Berufstätige und BewohnerInnen von Land- und Kleinstädten. Die hohe Zahl der jungen Ehrenamtlichen ist dabei verhältnismäßig zurückgegangen. Die Veränderungen hinsichtlich vieler weltanschaulicher Fragen lassen sich weitgehend auf diese Verschiebung hin zu Kleinstädten und älteren Engagierten erklären.

Gleich geblieben ist die hohe Beteiligung von Frauen: Mehr als 70 Prozent der Engagierten in unserer Umfrage sind weiblich, wobei der Anteil mit sinkendem Alter steigt. Während ehrenamtliches Engagement im Allgemeinen und insbesondere in den jüngeren Altersgruppen nicht mehr eine derart starke Geschlechterdifferenz aufweist (das zeigt der „Freiwilligensurvey“), ist diese hier besonders ausgeprägt. Warum sich Frauen hier besonders zu engagieren scheinen, ist nicht klar und stellt einen Sachverhalt dar, den es weiter zu erforschen gilt.

Zugleich ist bemerkenswert, dass die allermeisten Engagierten sehr weitgehende Vorstellungen über die rechtlichen Grundlagen der Schutzgewährung haben. Während sich nur sehr wenige auf das im GG §16 verankerte Asylrecht, das Schutz bei politischer Verfolgung gewährt, beziehen, geben die allermeisten „Menschenrechtsverletzungen“, „erzwungene Migration“ und „offene Grenzen“ als Gründe an, die eine Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland rechtfertigen. Dabei ist der Bezug auf „erzwungene Migration“ besonders interessant, denn er verweist nicht auf spezifische, objektive Ursachen, sondern auf die Subjektivität des Migranten. Es wird hervorgehoben, dass die Flüchtlinge gegen ihren Willen, d.h. „unverschuldet“, nach Deutschland kommen. Der erzwungenen steht so die „freiwillige“ Migration gegenüber, die in der Regel viel negativer beurteilt wird. So wurde etwa die Kontroverse um die Flüchtlingskrise im angelsächsischen Raum anhand der Gegenüberstellung der Begriffe „refugee“ und „migrant“ geführt. „Migrant“ steht hierbei für die ökonomisch motivierte, rational kalkulierende Person.

Angesichts der Tatsache, dass Flüchtlingen sozialstaatliche Leistungen, wenn auch in sehr geringem Umfang, zustehen, und sie auch zunächst nicht zum Arbeitsmarkt zugelassen sind, ist eine solche Zuschreibung meist mit einer Ablehnung verbunden. Diese Betonung der Motivlage erinnert an die klassische Armutspolitik in Europa, bei der stets

zwischen unverdienten und verdienten Almosenempfängern unterschieden wird. Typische Narrative sogenannter „asylkritischer“ Akteure beziehen sich auf diesen Zusammenhang, d.h. auf die vermeintlich rein gewinnorientierten Motive von Flüchtlingen, die daher auch keine „wirklichen“ Flüchtlinge seien.

Der abstrakte Verweis auf den Zwang hat aber auch eine andere Dimension, die hier nicht unterschlagen werden soll. In der internationalen Debatte um Flucht und Migration wird seit Jahren darauf hingewiesen, dass die scharfe Trennung zwischen politischen und ökonomischen Ursachen für Flucht und Migration nicht haltbar ist. In vielen Regionen der Welt gehen politische und ökonomische Unsicherheit Hand in Hand. Das Motiv der „offenen Grenzen“ vermeidet eine solche Bedingtheit und wurde in 2014 sogar von einer Mehrheit der Engagierten vertreten. Mit den neu mobilisierten Kreisen hat sich das Ehrenamt für Flüchtlinge aber pluralisiert.

Zwischen Bewegung und Ehrenamt

Man könnte diese Vielfalt auch als Ausdruck einer spezifischen Spannung deuten. Denn die in diesem Bereich engagierten Menschen bewegen sich mit ihren Aktivitäten in einem Feld, das sowohl dem klassischen Ehrenamt nahesteht, als auch dem Feld der sozialen Bewegungen angehört. Anders als beim herkömmlichen Ehrenamt, das meist in gesellschaftlich unumstrittenen Bereichen stattfindet, so Sport, Jugendarbeit, Gesundheit etc., bewegen sich die Engagierten mit dem Thema Flucht in einem gesellschaftlich kontroversen Themenfeld.

Manche bringt die Parteinahme für die Sache der Flüchtlinge in eine kritische Haltung gegenüber der geltenden Rechtslage und der damit verbundenen Flüchtlingspolitik

der verschiedenen Bundesregierungen. Auch hier sind die Haltungen altersspezifisch verteilt und es sind v.a. Jüngere, die besonders kritische Ansichten über die Politik der Bundesregierung haben. Einige Engagierte müssen sich wiederum gegenüber Nachbarn, Verwandten und Kollegen rechtfertigen. In vielen Gesprächen wurde deutlich, dass insbesondere Ehrenamtliche in den Kleinstädten Ostdeutschlands von einer Spaltung ihrer Gemeinde sprechen, die sich in vielerlei alltäglichen Situationen zeigt. Diese politisch induzierte Problematik führt bei einigen Ehrenamtlichen zwar zu einer thematischen Auseinandersetzung mit Migrationspolitik, oftmals werden aber gerade heikle und möglicherweise kontroverse Themen in den Willkommens-Initiativen außen vor gelassen.

Der kleinste gemeinsame Nenner ist eine humanistische Haltung. Flüchtlingen kann man auch helfen, wenn man sich nicht eins ist darüber etwa, ob Flüchtlinge sich nun deutschen Normen anpassen sollten oder „wir auch etwas von ihnen lernen können“. Von einer „sozialen Bewegung“ im herkömmlichen Sinne kann man aber auch nicht sprechen, da nicht wenige sich nicht an politischen Aktionen beteiligen oder ein bestimmtes längerfristiges Ziel verfolgen. Manche Ehrenamtliche äußern vielmehr explizite Vorbehalte gegen Politik und distanzieren sich von allem Politischen. Politik wird dabei manchmal als Parteipolitik verstanden, dann aber auch als unfruchtbares „Dagegensein“, gegen das die ganz praktische Arbeit mit den Geflüchteten gestellt wird.

Helfen als Zeichen

In der politischen Theorie wird jedoch eine solche Engführung des Politischen problematisiert. Zum Klassiker ist etwa die Albert Hirschmans Theorie von den drei Formen der politischen



Artikulation geworden, wonach Bürger einer Gesellschaft sich durch das Erheben ihrer Stimme (voice), das Verlassen der politischen Gemeinschaft (exit), oder durch Loyalität zu dem jeweiligen Gemeinwesen (loyalty) äußern kann. In jüngerer Zeit haben verschiedene AutorInnen, wie etwa Asef Bayat, der von „non-movements“ spricht, in ähnlicher Weise zu beschreiben versucht, dass man die politische „Artikulation“ nicht nur in den herkömmlichen Sphären und Formen verorten sollte.

Jenseits dieses hybriden und auch konfliktiven Zusammenhangs ist ein weiteres wichtiges Merkmal des Engagements seine Rahmung als „Protest“ durch viele der Beteiligten. Wie unsere Befragungen ergeben haben, ist das Motiv sich einzusetzen oftmals dort stark, wo sich in Bürgerversammlungen oder Informationsveranstaltungen sogenannte „asylkritische“ Stimmen melden. Engagierte geben oft an, dass sie mit ihrem Einsatz ein Zeichen gegen rechtspopulistische Stimmungsmache setzen wollen. Während dies für mehr als 80 Prozent der Ehrenamtlichen ein wichtiges Motiv ist, hat diese Form des symbolischen Protests eine besondere Relevanz in Orten, Stadtteilen und Nachbarschaften, in denen Bürger den Eindruck gewinnen, dass fremdenfeindliche Stimmungen aufkommen.

So sind in manchen Kommunen Initiativen entstanden, um solchen Entwicklungen entgegenzutreten. Gelegentlich ist dies auch mit der Vorstellung verbunden, dass eine frühe „Integrationsarbeit“ mit Flüchtlingen, dazu beitragen würde, Konflikte zu vermeiden. In manchen Kommunen wird berichtet, dass Nachbarn, die anfangs skeptisch gegenüber der Einrichtung eines Asylheims im Viertel waren, nun bei der Willkommensinitiative mitmachen. Wie weit solche erfolgreichen

Integrationsstrategien verbreitet sind, ist schwer zu sagen. Es bleibt eine noch zu überprüfende These, dass die Arbeit solcher Willkommensinitiativen einen praktischen Beitrag zur Zurückdrängung rechtspopulistischer und fremdenfeindlicher Stimmungen leistet.

Auch wenn die allermeisten ihre Arbeit als befriedigend empfinden, so besteht doch die Gefahr einer Ermüdung und Erschöpfung. Während die Befriedigung in der Regel mit dem direkten persönlichen Kontakt und die menschliche Dimension des Engagements in Verbindung gebracht werden, sind die Frustrationen fast immer Folge des Umgangs mit Behörden. Meist sind es die Rechtslage, die nichtkooperative Haltung von Behörden und kaum zu verstehende Kompetenzstreitigkeiten, die die Bemühungen der Initiativen ins Leere laufen lassen. Die typische Geschichte handelt davon, wie dem Flüchtling, für den Mitglieder der Initiative nach langem Suchen einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz finden, dann keine Arbeitserlaubnis erteilt wird.

Zivilgesellschaft

Die wesentliche Aufgabe des Engagements besteht darin, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu organisieren, und zwar einen, der die Neankömmlinge mit einschließt und der der Polarisierung von Rechts entgegentritt. Sie besteht zunächst darin, geflüchteten Menschen den Kontakt mit Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft zu ermöglichen, den diese sonst gar nicht hätten. Die Integrationsleistung, die diese Initiativen erbringen können, lässt sich durch kein Integrationsgesetz und keinen Integrationskurs ersetzen. Sie müssen daher auch



dort entlastet werden, wo ihre Arbeitskraft fehlt am Platze ist, und wo staatliche Stellen Leistungen erbringen müssten.

Ein Großteil der wöchentlichen Stundenzahl wird für Aktivitäten aufgebracht, die eigentlich nicht in den typischen Bereich ehrenamtlichen Engagements gehören. Viel Zeit wird etwa für Behördengänge und zudem für die Beziehungen zu Behörden aufgewandt. Genannt werden dabei vor allem die Ausländerbehörde, das Sozialamt und Schulen. Dass Ehrenamtliche eine solch zentrale Rolle in der Beziehung zwischen Behörden und Flüchtlingen spielen, verweist auf einen Mangel: Behörden sind nicht ausreichend auf den Umgang mit Flüchtlingen eingestellt. Dies ist gravierend, da Behörden eine zentrale Rolle im Leben von Flüchtlingen und insbesondere von Asylbewerbern spielen. Darüber hinaus bedeutet dies für die Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit, dass sie ein Defizit staatlicher Aufgaben ausgleichen müssen, während ihre Möglichkeiten, eine zivile Willkommensgesellschaft aufzubauen, durch diese Aufgaben behindert wird. Allerdings ist auch klar, dass z.B. die Begleitung auf Behördengänge nicht nur eine pragmatische Funktion hat. Oftmals agieren die Ehrenamtlichen auch als „Anwälte“ der Geflüchteten und erkämpfen Leistungen, die Behördenmitarbeiter verweigern oder die Flüchtlingen gar nicht erst angeboten werden.

Die Integrationsleistung der Initiativen beschränkt sich aber nicht nur auf die Inklusion der Geflüchteten. Sie richtet sich indirekt und direkt auch an jene, die Einwanderung und Vielfalt als Gefahr und Bedrohung erleben. Wo den Medien und dem politischen Establishment nicht vertraut wird, sind es Nachbarn, Fußballtrainer oder die Landärztin, die durch ihr Engagement auch alteingesessenen Deutschen mit wenig Migrationserfahrung die Integration in die postmigrantische Gesellschaft erleichtern können. Dort, wo Bürger sich abgehängt und missachtet fühlen, wird der Einsatz für Flüchtlinge manchmal als ungerecht empfunden, unabhängig davon, ob die eigene Situation sich kaum mit der von Menschen vergleichen lässt, die ihre Heimat verlassen mussten. In Italien hat etwa der Bürgermeister eines süditalienischen Dorfes darauf geachtet, dass für jeden Job, den er einem Flüchtling besorgte, auch ein arbeitsloser italienischer Dorfbewohner einen bekam.

Das bürgergesellschaftliche Engagement dieser Initiativen ist unabdingbar. Er kann und soll nicht vollständig durch staatliche Strukturen ersetzt werden. Daher ist es so wichtig, dass Organisationen, die Erfahrungen mit gesellschaftspolitischer Bildungsarbeit haben, den Initiativen in der Flüchtlingsarbeit mit Strukturen und Wissen bei der Durchführung ihres Engagements Hilfestellung leisten. Dies richtet sich auch an Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände, zivilgesellschaftliche Akteure, insbesondere Stiftungen und größeren Organisationen, Initiativen und Projekte der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit auch finanziell zu unterstützen. Diese Mittel können dazu dienen, Strukturen aufzubauen, Wissen zu sichern und zu transferieren, und Koordinationsaufgaben nachhaltig zu verankern. Benötigt werden Gelder auch für laufende Sachausgaben wie Transportkosten (die Hälfte aller Ehrenamtlichen in ländlichen Gebieten sind in Fahrdienste involviert), Unterrichtsmaterial, oder auch Supervisionen.

Sichtbar machen

Heute engagieren sich immer noch 10 % der Deutschen für Flüchtlinge. Eine enorme Zahl! Wer dagegen eine deutsche Tageszeitung liest, gewinnt den Eindruck, dass die Agenda von den sogenannten Asylkritikern bestimmt wird. Seit Jahresbeginn hat sich der Topos eines Stimmungswandels etabliert, nachdem die Deutschen jetzt doch keine Flüchtlinge mehr aufnehmen wollten. Wir haben seit März dieses Jahres immer wieder danach gefragt, ob die negativen Schlagzeilen, etwa über die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln, zu einem Abbruch des Engagements geführt hätten. Dies wurde, bis auf eine Ausnahme, überall verneint. Repräsentative Befragungen von zwei Instituten bestätigen die Konstanz des Engagements. Es scheint so, dass die mikrosoziale Reichweite der Aktivitäten und die Abkehr vom klassischen Politikstil dazu führen, dass die Ehrenamtlichen nicht mehr wahrgenommen werden.

Dabei könnte die Beteiligung an karikativen Projekten in der Flüchtlingsarbeit eine politische Wirkung gegen rechte Stimmungsmache auch auf bundespolitischer Ebene haben. Die Initiativen und ihr Engagement können eine zentrale Rolle für den gesellschaftlichen Zusammenhalt einnehmen. Diese Wirkung muss stärker öffentlich kommuniziert und als solche anerkannt werden. Durch eine klare positive Haltung und öffentliche Anerkennung der Kommunen und anderer Akteure zu Flucht, Geflüchteten und Engagement kann diese kontinuierliche Arbeit für sozialen Zusammenhalt gefördert werden. In Gesprächen mit Initiativen bundesweit wird von Koordinatoren bemängelt, dass es keine gesellschaftliche Sichtbarkeit für soziale Anstrengungen gäbe. In manchen Organisationen wird daher vermehrt über eine bessere Öffentlichkeitsarbeit nachgedacht.

Geflüchtete als Akteure

Wenn hier von Engagierten und Flüchtlingen gesprochen wird, entsteht schnell der Eindruck, dass sich hier zwei Gruppen mit eindeutiger kultureller und ethnischer Identität gegenüberstehen. Das ist nicht der Fall. Die Ehrenamtlichen sind genauso divers wie unsere Gesellschaft. Ca. 20 Prozent der Aktiven haben einen Migrationshintergrund. Mehr noch, unter den Beteiligten finden sich auch viele, die selbst vor kurzem als Flüchtlinge nach Deutschland kamen, von denen die meisten als ehrenamtliche Dolmetscher arbeiten.

Es ist daher wichtig, dass Geflüchtete von Anfang an nicht nur als Empfänger von Hilfsleistungen behandelt werden, sondern Teilhabe und demokratische Interessensvertretung ermöglicht wird. Dies ist ein Grundstein für den zukünftigen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Maßnahmen, die eine Selbstorganisation unterstützen, wie Versammlungsräume, Versammlungen, Wahlen von RepräsentantInnen, sind daher sehr zu unterstützen. RepräsentantInnen der Geflüchteten sollten in die Koordinationsstrukturen eingebunden werden.

Diskussionsforen

In dieser Phase der Tagung waren die Teilnehmenden aufgefordert, sowohl ihre Erfahrungen wie auch Meinungen zu diskutieren. Dazu wurden die drei Foren „Integration von Geflüchteten und die Rolle der Gewerkschaften“, „Antirassismusarbeit im Betrieb praktisch gestalten“ sowie „Rassistische Hetze und flüchtlingsfeindliche Mobilisierung“ angeboten.

Ein Inputreferat zu den verschiedenen Themen eröffnete das jeweilige Forum. Im Folgenden dokumentieren wir die Beiträge der Experten sowie die Protokolle, die die Diskussionen zusammenfassen.

Forum 1

Integration von Geflüchteten und die Rolle der Gewerkschaften

Inputreferat: Tina Malguth und Julia Böhnke
(DGB Jugend Bundesvorstand)

Moderation: Volker Roßocha (DGB Bundesvorstand)

Protokollantin: Lucia Bruns

Inputreferat

Aktivitäten der DGB Jugend im Bereich „Flucht, Asyl und Migration“

Antirassismus-Arbeit ist immer ein wichtiger Bestandteil gewerkschaftlicher Jugendarbeit gewesen. Im Zuge der hohen Anzahl von geflüchteten Menschen im Jahr 2015 hat der DGB-Bundesjugendausschuss das Thema zum Schwerpunkt gemacht. Wir haben mit Hilfe von ExpertInnen der Organisation ProAsyl und dem DGB Bundesvorstand Positionen entwickelt und letztlich in einer Resolution verabschiedet. Nach dieser intensiven inhaltlichen Befassung steht jedoch die Frage im Raum, wie Gewerkschaftsjugend mit den weiterhin bestehenden gesellschaftlichen Herausforderungen in Bezug auf Geflüchtete sowie dem expandierendem Rechtspopulismus und Rassismus umgeht.

Auf allen Ebenen und Betätigungsfeldern der Gewerkschaftsjugend gibt es den vermehrten Bedarf von Aktiven, sich in Bezug auf die aktuelle Situation von Geflüchteten fortzubilden, um rechte und menschenverachtende Parolen zu identifizieren und bekämpfen zu können. Hierzu haben wir u.a. den Blickpunkt „Flucht, Asyl, Migration“ veröffentlicht: darin findet sich ein Überblick über die aktuellen Fluchtbewegungen, die Fluchtgründe der Menschen sowie das deutsche Asylsystem und die Lebensbedingungen der Geflüchteten in Deutschland geben. Weiter werden Aktionsmöglichkeiten und Argumentationsstrategien für GewerkschafterInnen vorgestellt, die uns helfen sollen, zu verhindern, dass Rassismus und Ausgrenzung weiter um sich greifen. Darüber hinaus haben wir Argumentationskarten zum Thema „Flucht und

Asyl“ erstellt, die gängige Vorurteile gegenüber Geflüchteten mit Daten und Fakten darlegen und entkräften.

Die Gewerkschaften spielen natürlich bei der Integration von Geflüchteten in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt eine große Rolle. Sie haben die Möglichkeit, gemeinsam mit den Arbeitgebern über tarifliche Regelungen gute Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen. Gleichzeitig stehen sie auch vor der Herausforderung, sich bei den Geflüchteten, die auf den Arbeits- und Ausbildungsmarkt kommen, als Arbeitnehmerinteressenvertretung vorzustellen und Geflüchtete vor dem Missbrauch durch schlechte Arbeits- und Ausbildungsbedingungen zu schützen.

Damit sich die Gewerkschaftsjugend auf die neue Zielgruppe auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt einstellt, haben wir die Broschüre „Berufsausbildung in Deutschland“ erstellt, die grundsätzliche Informationen zu Schulabschlüssen, Ausbildungswegen, Dualer Ausbildung, Studium und Studienfinanzierung zur Verfügung stellt. Die Broschüre wird gemeinsam mit der Broschüre „Deine Rechte in der Ausbildung“ demnächst in fünf Sprachen (Deutsch, Englisch, Französisch, Farsi und Arabisch) online zum Download bereit stehen.

Jedoch sind nicht nur Solidarität und Unterstützung gegenüber der hilfebedürftigen Gruppe der Asylsuchenden notwendig, sondern auch die Erkenntnis dessen, was uns verbindet. Bessere Bildung für alle, menschenwürdige Unterbringung und bezahlbarer Wohnraum, Kulturangebote für jeden sowie sichere und gut bezahlte Ausbildungsplätze können nur gemeinsam erstritten werden. Wir treten dem Rassismus, der zurzeit in Deutschland und Europa grassiert, entschieden entgegen. Wir setzen uns für eine Willkommenskultur in der Gesellschaft, auf dem Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ein.

Gruppe 1

Der Workshop beginnt mit einer Vorstellungsrunde. In der Vorstellungsrunde stellt sich heraus, dass ein großer Bedarf über die momentane Rolle von Gewerkschaften in der aktuellen Auseinandersetzung besteht. Eine zentrale Frage ist, was Gewerkschaften konkret für Geflüchtete in der Arbeitswelt tun können. Ein zweiter Schwerpunkt liegt in der Auseinandersetzung mit rassistischer Hetze unter KollegInnen oder im



betrieblichen Alltag. Nach der Vorstellungsrunde wird näher auf verschiedene gesellschaftliche Akteure eingegangen, die bei der Integration von Geflüchteten eine wichtige Rolle spielen. Der Workshop bietet die Möglichkeit über vorhandene Probleme zu sprechen und Forderungen für eine gelungene Integration zu formulieren.

„Es gibt so viele Probleme bei der Integration von Geflüchteten, auf denen die Politik keine Antwort findet.“ (Zitat eines Teilnehmers)

Die größten Probleme bei der Integration von Geflüchteten werden von den TeilnehmerInnen in dem Verhalten der politischen Verantwortungsträger gesehen. In den Kommunen fehle es an klaren Rahmenbedingungen, wie die Integration vor Ort gestaltet werden solle bzw. müsse. Die Sprachkurse für Geflüchtete werden als „unsystematisch“ beschrieben. Der individuelle Zugang müsse hier verändert werden. Außerdem wird das verschärfte Asylrecht kritisiert, das auch die Rahmenbedingungen für Geflüchtete in der Ausbildung verschlechtert habe.

Der zweite wichtige Akteur bei der Integration von Geflüchteten sind die Unternehmen. In der Diskussion über die Rolle von Unternehmen wird hervorgehoben, dass in den Betrieben und Firmen viel Unsicherheit vorhanden ist. Es ist bei den TeilnehmerInnen des Forums unklar, wie eine effektive Integrationsarbeit in den Betrieben aussehen könne.

In der Diskussion werden ebenfalls politische EntscheidungsträgerInnen mit einbezogen, die bessere Rahmenbedingungen schaffen sollen. Es fehle grundsätzlich Wissen über gesetzliche Rahmenbedingungen, die für Geflüchtete in der Arbeitspraxis gelten. Es gebe keine ausreichende Betreuung für Geflüchtete, die z.B. ein Praktikum in den Betrieben absolvieren. Außerdem können einige Anwesenden von rassistischen Vorurteilen im Betrieb berichten. Bei der Integration von Geflüchteten sollen die großen Unternehmen in Deutschland mehr in die Pflicht genommen werden. An dieser Stelle fordern auch Teilnehmende, dass Unternehmen mehr Unterstützung vom Staat erfahren sollen, die Flüchtlinge einstellen oder ausbilden. Hier fehle es an einer Struktur seitens der Behörden.

Als dritter und wichtiger Akteur wird die Gewerkschaft angesehen. Die Rolle von Gewerkschaften bei der Integration von Geflüchteten in die Arbeitswelt wird von den TeilnehmerInnen in der Aufklärung und der Vermittlung gesehen. In der Diskussion wird sich über konkrete Möglichkeiten und Handlungsfelder ausgetauscht. Gewerkschaften sollen Geflüchtete über das Arbeitsrecht aufklären, das in Deutschland gültig sei. Das könne eine potentielle Ausbeutung von Geflüchteten in Firmen verhindern. Zusätzlich fehle in den Betrieben eine Auseinandersetzung mit den Themenfeldern Integration und Aufklärung über die Lebenssituation von geflüchteten Menschen in Deutschland. Viele deutsche Mitarbei-

terInnen haben keine Fremdsprachkompetenz, so dass verbale Barrieren innerhalb der Betriebe automatisch bestehen. Außerdem wird von Betriebsräten berichtet, dass sie durch ihr Eintreten für Geflüchtete im Betrieb verstärkten Anfeindungen ausgesetzt seien. Hier sollen die Gewerkschaften Möglichkeiten schaffen, um engagierte KollegInnen zu stärken und demokratische Strukturen zu unterstützen.

„Wie sollen Leute in die Gesellschaft integriert werden, wenn sie nicht arbeiten dürfen?“ (Zitat einer Teilnehmerin)

Die Diskussion endet mit der Frage, wie eine gelungene Integration gesamtgesellschaftlich gestaltet werden könne. Als zentraler Baustein wird die Möglichkeit der Erwerbsarbeit angesehen. Erst durch Lohnarbeit können Geflüchtete integriert werden und bekommen die Möglichkeit, an der Gesellschaft zu partizipieren. Die Rolle der Gewerkschaften solle sein, dass gesellschaftliche und politische Hindernisse abbaut werden. Dabei soll ein Austausch mit Geflüchteten über ihre Wünsche und Vorstellungen ermöglicht werden. In der Praxis zeige sich auch, dass die Interessen von jungen Geflüchteten ähnlich von denen der deutschen Jugendlichen sind. Deshalb sollen Geflüchtete nicht als Sondergruppe oder bedürftige Personen angesehen werden.

Das Forum betont, dass es viele gute Ideen und Projekte bundesweit gebe, der Austausch jedoch fehle und dringend notwendig sei. Die Projekte und Broschüren der Gewerkschaft, die am Ende von der Referentin Tina Malguth vorgestellt werden, sind allen TeilnehmerInnen unbekannt und sollten eine größere Verbreitung erhalten. Es wird seitens der TeilnehmerInnen der Wunsch formuliert, dass die Gewerkschaften eine bessere Vernetzung von Engagierten ermöglichen sollen.

Gruppe 2

Am Nachmittag beginnt das Forum mit einer Vorstellungsrunde, in der zu Beginn verschiedene Themenkomplexe aufgeworfen werden. Es entwickelt sich direkt eine längere Diskussion darüber, die besonders die Frage erörtert, was unter Integration zu verstehen sei und welche Rolle dabei die Gewerkschaften spielen.

„Es gibt viel guten Willen, aber wir schaffen es nicht unsere Mitglieder mitzunehmen.“ (Zitat einer Teilnehmerin)

Verschiedene Diskussionsteilnehmende merken an, dass in den Gewerkschaften viele engagierte Personen organisiert seien, die sich für Integration einsetzen. Dies zeigt sich auch anhand der TeilnehmerInnen, von denen mehrere in der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit aktiv sind. Trotzdem wird auch auf einige Schwachstellen hingewiesen. Es gibt viele gute Ideen, die Umsetzung in der Praxis ist jedoch schwierig. Seminare, die sich mit Geflüchteten und Rassismus beschäftigen, werden zwar angeboten, aber nicht ausgiebig frequentiert. Die Integrationsarbeit der Gewerkschaften konzentrierte sich besonders auf den außerbetrieblichen Bereich. Das Engagement für Geflüchtete von Gewerkschaften in den Betrieben wird als zu gering bewertet. Gerade hier müssen die Gewerkschaften mehr tun, so die Meinung der TeilnehmerInnen.

In der anschließenden Diskussion wird sich über die generelle Aufgabe von Gewerkschaften ausgetauscht. Die TeilnehmerInnen des Forums sind sich uneinig, welche Rolle sie als GewerkschaftlerInnen momentan in der Gesellschaft haben. Es werden Stimmen laut, die vor allem die Integration im Kontext von Erwerbsarbeit als ihr Themengebiet ansehen. Die dafür plädierenden Anwesenden sehen sich als Experten in Arbeitsfragen und wollen auch für Geflüchtete kämpfen, die Fragen oder Probleme am Arbeitsplatz haben.

Anderen TeilnehmerInnen fokussieren sich auf den Kampf für Demokratie und Menschenwürde, der ebenso ein wichtiger Bestandteil in der Arbeitswelt darstellt. Von diesen Personen wird betont, welche Rolle GewerkschaftlerInnen seit 1945 im Demokratieprozess eingenommen haben. In Zeiten von rassistischer Gewalt und Rechtspopulismus werde den Gewerkschaften und ihren Mitgliedern eine große Bedeutung zugesprochen. Ein Teilnehmer äußert dies in dem Satz, dass „wir (...) eine Rolle als Gewerkschaft spielen (müssen), damit nicht alles zusammen bricht.“ In diesem Kontext wird auch die Frage aufgeworfen, wie Demokratie in der Gewerkschaft gelebt werden kann. Eine Kollegin aus Hamburg schildert als Beispiel die Auseinandersetzung innerhalb des DGB mit den Lampedusa-Flüchtlingsen seit dem Jahr 2013 der innergewerkschaftlichen Debatte.

Während der Diskussion werden von den Teilnehmenden mehrere Forderungen an die Politik und staatlichen Behörden formuliert. Die Politik solle mehr Transparenz in den Regelungen und Gesetzen in Bezug auf Geflüchtete schaffen. Diese Forderung bezieht sich konkret auf die neue 3plus2-Regelung, in der die konkreten Ausbildungsmöglichkeiten für Geflüchtete verschlechtert wurden. Diese Verschlechterung sei jedoch in der Öffentlichkeit anders dargestellt. Auch die TeilnehmerInnen sind überrascht über die genaue Bedeutung der neuen Regelung und welche Auswirkungen diese auf die Ausbildung von Geflüchteten haben. Bei diesem Thema wird von einem Teilnehmer daraufhin gewiesen, dass eine Duldung, die von der Erwerbsarbeit abhängt, große Probleme mit sich bringen könne. Die Politik solle hier Regelungen finden, die Geflüchtete vor Ausbeutung schütze. Außerdem könne eine gerechtere Steuerpolitik mehr finanzielle Ressourcen in Integrationsmaßnahmen freisetzen.

Auch Unternehmen haben eine wichtige Funktion bei der Integration von Geflüchteten. Die großen Konzerne werden von den TeilnehmerInnen kritisiert, da diese nur sehr wenige Geflüchtete einstellen würden. Ökonomisch starke Unternehmen sollen mehr Verantwortung übernehmen. Die Hilfe von diesen wird als „minimalistisch“ beschrieben. Kleinere Unternehmen, die Geflüchtete anstellen, stehen derweil vor anderen Problemen und fühlen sich oftmals von der Politik alleine gelassen. Dort herrsche große Unsicherheit. Auch Gewerkschaften sollen hier aktiv werden und z.B. Qualifizierungsmaßnahmen für AusbilderInnen zum Thema Integration anbieten.

Abschließend werden, wie im ersten Forum, die Angebote zum Thema Integration von Gewerkschaften vorgestellt. Auch hier kennt kein Teilnehmender die vorgestellten Broschüren und Kampagnen. Eine bessere Verbreitung der Angebote wird somit ebenso als Wunsch geäußert.

Forum 2

Antirassismuarbeit im Betrieb praktisch gestalten

Inputreferat: Jaqueline Kluge (JAV Boehringer Ingelheim)

Moderation: Anis Ben-Rhouma (IG BCE Nordost)

Protokollantin: Elisabeth Göske

Inputreferat

Unterstützung für Geflüchtete im Betrieb praktisch gestalten

Dass Menschen Hilfe brauchen, um sich in unserer Gesellschaft zurecht zu finden, ist ein wichtiger Punkt, der von Millionen Menschen tagtäglich praktiziert wird. Diesbezüglich wird auch die Arbeitswelt zunehmend ein Ort sein, an dem Hilfe notwendig, um schnell das Zurechtfinden am neuen Arbeitsplatz zu gewährleisten. Ein Beispiel unter vielen ist das Pharmaunternehmen Boehringer aus Ingelheim. Der Standort hat 8.000 MitarbeiterInnen und beschäftigt seit dem Sommer 2016 mehrere geflüchtete Jugendliche, die dort ausgebildet werden.

Integration spielt bei Boehringer eine wichtige Rolle, schließlich geht es nicht nur darum, dass die jungen Menschen sich schnell mit dem neuen Umfeld vertraut werden, und die neuen Aufgaben meistern, sondern auch darum innerhalb des Betriebes und der Belegschaft auf die neuen Herausforderungen entsprechend reagiert werden kann. Besonders die Jugendauszubildenenvertretung hat hierzu in Kooperation mit der Direktion und dem Betriebsrat Rahmenbedingungen geschaffen, um zu helfen oder problematische Situationen schnell zu lösen.

Innerhalb des Intranets gibt es die Seite „Hilfe für Flüchtlinge“, auf der jede/r MitarbeiterIn den entsprechenden Ansprechpartner und Kontakte findet, sollten Schwierigkeiten oder Fragen bestehen. Auch unterstützende Maßnahmen, Vorschläge oder Kritik können an dieser Stelle angesprochen werden. Die Seite verfügt auch über weitere Kontakte von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich besonders um die Hilfe von Geflüchteten kümmern. Dabei sind besonders Organisationen auf lokaler Ebene wichtig, bei denen alle MitarbeiterInnen die Möglichkeit haben, sich dort zu engagieren.

Es geht somit nicht nur um ein Informieren, sondern auch darum Menschen, die helfen wollen, an lokale Einrichtungen zu vermitteln, ihnen diesbezüglich aktuelle Daten und Adressen zur Verfügung zu stellen. Ein Pinboard zeigt auch auf, welche Bedarfe bei welchen Initiativen benötigt werden. Vor allem Unterstützung bei der Erlernung der deutschen Sprache sowie Schulmaterial sind gern gesehene Utensilien.

Für die Menschen, die in der Erstunterkunft in Ingelheim angekommen sind, haben die JAV Workshops entwickelt, die

besonders das Zurechtkommen vor Ort für die Geflüchteten erleichtern soll. Hierbei geht es auch darum, sich mit der neuen Umgebung, den lokalen Begebenheiten und welche Hürden bei der Verwaltung zu überwinden sind, zu erlernen. In den englischsprachigen Workshops werden auch gesellschaftlich-politische Themen vermittelt. Besonders persönliche Freiheiten und welche rechtlichen Möglichkeiten jeder einzelne Mensch hierzulande in Anspruch nehmen kann, sind vor allem bei Menschen, die solche demokratische Persönlichkeitsrechte noch nie kennen lernten, weil sie aus Diktaturen stammen, wichtige Information im integrativen Prozess.

Dazu gehört auch gesellschaftliche Normen zu erklären, wie ein miteinander Leben problemlos von Statten gehen kann. Die Gleichberechtigung von Frau und Mann und ein gewaltloses Zusammenleben stehen hierbei im Vordergrund. Daneben werden auch landestypische Essgewohnheiten oder kulturelle Ereignisse erklärt, die den geflüchteten Menschen häufig fremd und unverständlich erscheinen. Dieses Kennenlernen fördert in den Workshops dann nicht nur Verständnis, sondern schafft auch den Raum, um Probleme leichter anzusprechen. Besonders wenn es zu Vorurteilen kommt, bieten die Workshops den Raum, diese anzusprechen und auch zu entkräften. Gerade wenn ein gegenseitiges Lernen vorhanden ist, können Schwierigkeiten bei der Problemlösung schnell aus der Welt geräumt werden.

Durchgeführt werden die Workshops von MitarbeiterInnen und finden in drei Phasen statt, in den die Teilnehmenden den Blickwinkel ändern. Vom Beobachter wird die Position des Unterstützers eingenommen und es folgt die Rolle des Moderators. Dieses rollierende Prinzip soll verschiedene Perspektiven vermitteln, die sich um die Möglichkeiten des Handelns drehen. Boehringer unterstützt die Arbeit auch damit, dass sie während der Arbeitszeit stattfindet.

Darüber hinaus unterstützt die Firma auch junge Geflüchtete in der Ausbildung. Durch ein Einstiegsqualifizierungsjahr können sie in die Berufe hineinschnuppern, die die Firma anbietet. Die Sprachunterstützung ermöglicht das Erlernen der Fachbegriffe und Arbeitssprache im Betrieb. Dass daraus auch 2016 Ausbildungsverträge mit geflüchteten Menschen zusätzlich zu den anderen Ausbildungsplätzen abgeschlossen wurden, ist ein Ergebnis dieses Prozesses. Die JAV hilft bei der Unterkunft oder wenn bei Behördengängen. Die Resonanz in der Firma ist gut. Die Maßnahmen tragen dazu bei, dass ein positives Arbeitsklima vorherrscht und Probleme schnell und effektiv gelöst sind. Das Verständnis wächst und Boehringer Ingelheim ist froh, Menschen aus ihrer Not eine Perspektive für die Zukunft zu geben.

Gruppe 1

Zu Beginn des Forums findet eine Diskussionsrunde mit Kartenabfrage statt. Jeder Teilnehmende soll seine Erfahrungen auf betrieblicher Ebene schildern.

Von vielen Teilnehmenden wird die Bedeutung von anti-rassistischer Bildungsarbeit hervorgehoben. So wird von der Arbeit des DGB Bildungswerk berichtet, deren Veranstaltun-

gen zum Bildungsurlaub wichtig seien, um den Teilnehmenden den medialen Diskurs vorzustellen und einen möglichen Umgang mit Rassismus zu erlernen. Voraussetzung für Seminare sei allerdings die Offenheit der Vorgesetzten und Lehrenden. „Zu sagen, wir haben keinen Rassismus, ist auch immer eine Gefahr.“, bemerkt ein Teilnehmer. Darüber hinaus wird die Möglichkeit der Kündigung als Mittel gegen Rassismus genannt. Aber auch präventive Maßnahmen wie soziale Kompetenzen als Einstellungskriterien von Führungskräften, um systematischen Diskriminierungsformen vorzubeugen.

Gelebte Vielfalt wird aus dem Bergbau mit der Bedeutung des „Kumpels“ beschrieben, die zu gelebtem Antirassismus führe. In Bezug auf Geflüchtete wird die Erfahrung geteilt, dass es wichtig sei, an welchem Arbeitsplatz sie eingesetzt werden. Sprachliche Förderung, indem sie während ihrer Arbeit Kontakte zu deutschsprechenden MitarbeiterInnen haben, seien wichtig.

Auch Aktionen wie Diversity-Tage, durch die den Mitarbeitenden erst die Vielfalt im Betrieb bewusst wird, sind Möglichkeiten, um das Kennenlernen zu fördern. „Wir sind Cousins. Wir sind keine Fremden. Wir sind Familie.“ Auch Berichte über erfolgreiche Aktivitäten gegen strukturellen Rassismus werden dem Forum mitgeteilt, besonders von Teilnehmenden mit Migrationshintergrund. Als sogenannte „Gastarbeiter“, so ein Erfahrungsbericht, hätten sie damals für einen gerechten Lohn gekämpft und am Ende aufgrund von Demonstrationen und ohne Betriebsrat gewonnen. Doch damit habe der Kampf nicht aufgehört. Auch bei der Hetze gegen Menschen mit griechischer Herkunft im Zuge der Staatskrise von Griechenland habe es immer wieder Diskriminierungen und Rassismus gegeben. Wichtig sei: „Man muss dran bleiben und einiges tun.“ So sei gegenwärtig die Vermittlung von Ausbildungsplätzen für spanische Jugendliche ein Teil dieses Kampfes gegen strukturellen Rassismus.

Weitere besonders positive Erfahrungen und Tipps kamen ebenso zur Sprache: Man müsse „Vielfalt und auch den Erfolg, der daraus resultiert, sichtbar machen.“. Außerdem müsse man ein „Zusammenkommen realisieren“. Dies geschehe u.a. durch gemeinsame Festivitäten. Angesprochen werden auch

Konflikte zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen und Communities, die allerdings durch die Arbeit des Betriebsrates in der Pause sowie offenes Reden gelöst werden konnten.

Kritisiert in Bezug auf die TeilnehmerInnen von „Antirassismus-Seminaren“ werden die Rahmenbedingungen, die nicht unbedingt zu einer offenen Kommunikation führen: „Die Jugendlichen sagen da nicht, was sie denken.“ Stattdessen benötige es die Möglichkeit, Empathie entstehen zu lassen, in einen offenen und geschützten Raum. Die augenscheinlich fehlende Heterogenität solcher Seminare wird gleichfalls beanstandet. Konkret braucht es hier aktive Hilfestellungen, wie ein Kollege nachfragt, der gegenüber den LeiharbeiterInnen Rassismus in seinem Betrieb festgestellt habe. Das Forum gibt hier Tipps, sich an den Betriebsrat zu wenden, um gemeinsam Möglichkeiten für eine Aktion zu finden. Teilnehmende gehen auf den Sachverhalt ein und stellen Fragen. Der Teilnehmer erklärt, dass es vorher Entlassungen und Gehaltsverzichtserklärungen gegeben habe und dies parallel zu Spannungen mit KollegInnen aufgrund ihrer rassistischen Einstellungsmuster geführt habe. Es wird geraten, den betreffenden KollegInnen die Situation der LeiharbeiterInnen zu erklären, damit diese verstünden, dass sie nicht für ihre eigene Situation verantwortlich seien. Hilfestellung gibt ein anwesender Bildungsreferent und der Teilnehmer kann sich bei ihm für konkrete Maßnahmen melden.

Auch die Vergabe von Preisen wird als mögliche Maßnahme genannt. Dies soll vor allem Jugendliche ansprechen, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen. Eine weitere Empfehlung ist „Begegnungen zu ermöglichen, wo immer man das auch kann. Man muss sich erst kennenlernen, damit man weiß wie der/die Andere ist.“ Ohne Berührungsängste aufeinander zuzugehen, sei wichtig. Ein Teilnehmer habe direkt gefragt und teilweise auch provokativ: „Was nehmen dir die Flüchtlinge weg? Alles, was sie dir konkret wegnehmen, das werde ich dir geben!“ Darauf habe der Kollege natürlich nichts antworten können, da er keinen konkreten Verlust aufzuweisen vorweisen konnte. Dies beweise, dass auch eine gehörige Portion irrationale Ängste vorhanden sind, die praktisch nicht existieren.



Zwei Teilnehmende berichten von dem Programm „LaurA“ der Firma Bosch und den offiziellen antirassistischen Positionen des Unternehmens. Sie schildern auch die Realität ihrer Ansicht nach im Unternehmen: „Ich kann nicht sagen, dass es bei uns keinen Rassismus gibt. Das wäre falsch. Aber ich kann davon berichten, wie wir damit umgehen.“ Klare Aussagen über den innerbetrieblichen Umgang werden geäußert: „Respekt wird gefordert. Er wird nicht verhandelt!“ Man müsse an die Leute heranzutreten, wie bei der EU-Erweiterung mit Rumänien. Da hätten einige KollegInnen Angst um ihre Arbeitsplätze gehabt. „Es ist ernst zu nehmen. Man muss darauf eingehen.“ Geschlossen wurde das Forum mit der Botschaft, anderen von Vereinen wie dem Kumpelverein zu berichten und mit einem Appell an alle: „Es hört nicht am Werkstor auf. Sucht euch Verbündete im Kampf gegen Rassismus!“

Als wichtige Plattform wurde die Datenbank „Good Practice“ des Kumpelvereins angeführt, in der verschiedene Projekte vorgestellt und beschrieben werden. Sie kann für Projekte im eigenen Betrieb genutzt werden: <http://www.gelbehand.de/werde-aktiv/good-practice-datenbank/>

Gruppe 2

In der Eröffnungsdiskussion soll jeder Teilnehmende über Erfahrungen mit Antirassismuserbeit und auch dem Fehlen berichten. Dazu wurden Karten zur Dokumentation benutzt.

Es wird zunächst über Rassismus an Universitäten gesprochen. Einige Beispiele werden angeführt, in denen entweder eine Bewertung durch DozentInnen rassistisch motiviert sei oder der Umgang mit anderen Studierenden und Doktoranden an sich rassistisch sei. Das große Problem, dagegen etwas zu tun, wird durch die Unübersichtlichkeit an Universitäten erklärt, da man keinen tieferen Einblick in die einzelnen Institute habe. In einigen Fakultäten seien Netzwerke entstanden, die bis hin zu rechtsextremen Parteien reichen. Dies darf nicht unterschätzt werden. Geschockt von dem scheinbar strukturellem Problem an den Unis wird bemerkt in Richtung des Kumpelvereins bemerkt: „Ihr müsst an die Unis!“

Außerdem werden als positive Beispiele Initiativen vorgestellt, wie ein antirassistischer Arbeitskreis im Gesundheitswesen. Einschränkend werden die Grenzen des Möglichen aufgrund der Natur des Ehrenamtes angesprochen. Den Teilnehmenden wird zur Inanspruchnahme von Vereinen wie dem Kumpelverein oder anderer NGOs geraten. Diese können helfen. Außerdem wird mehrmals die Bedeutung einer Betriebsvereinbarung betont, wenn gleich einschränkend gesagt wird, dass diese nichts bringe, wenn man sich nicht daran halte. Hier gilt es eine Umsetzung zu gewährleisten.

Es werden weitere Beispiele diskutiert, die zu Rassismus führen könnten. So fehlten in manchen Betrieben ÜbersetzerInnen für Mitarbeitende mit schlechteren Deutschkenntnissen. Auf die Gefahren von sozialen Netzwerken wie Facebook wird hingewiesen, die mitunter menschenverachtenden Rassismus zulassen. Eine Teilnehmende spricht Rassismus innerhalb der Gewerkschaften an. Sie habe die Erfahrung gemacht, dass Bildungsreferenten selbst oft keine Erfahrung mit Diskriminie-

rung gemacht haben und in Seminaren dann kein Verständnis für Menschen mit rassistischen Erlebnissen haben. „Jahrelang sitzen da die gleichen Leute. Die haben nur ihre Perspektive.“ Sie wünsche sich mehr MigrantInnen als BildungsreferentInnen. Ebenso wird die Kommunikation in nicht-deutschen Sprachen gegenüber Beteiligten, die nicht der Sprache mächtig sind, angesprochen. Dies führe automatisch zu einem Ausschluss an der Diskussionskultur in einem Seminar. In welchem Ausmaß Rassismus in Bildungszentren ein Problem ist, bleibt ein kontroverser Punkt. Ein Konsens ist, dass subtiler Rassismus an sich ein größeres Problem als offener Rassismus sei.

Aber auch positive Beispiele aus dem Arbeitsalltag werden genannt. So gibt es einen Betrieb, in dem die MitarbeiterInnen kostenlos und bezahlt während ihrer Arbeitszeit Deutschkurse erhielten und organisierte Hilfestellungen bei Behördengängen bekämen. Es werden Aktionen wie das „Festival gegen Rechts“, gemeinsame Feste mit Geflüchteten, sowie das muslimische Zuckerfest, Schilder gegen Rechts, Bierdeckel von der Aktion „Fakten gegen Populismus“, Austauschprogramme mit Auszubildenden als auch Demonstrationen gegen Versammlungen von Nazis durchgeführt.

Damit zusammenhängend wird die Gefahr durch die neonazistischen Aktivitäten beschrieben, denen man entgegen treten müsse. In einem Betrieb würden MitarbeiterInnen bei rechtsextremer Kleidung sofort aufgefordert, diese zu wechseln. Denn „da gibt es keine Diskussion!“. Auch über interkulturelle-Kompetenz-Seminare wird gesprochen oder über die vielseitige antirassistische Arbeit der IG Metall in Wolfsburg.

Darüber hinaus werden auch allgemeine Tipps und Forderungen formuliert: „Klare Hausregeln formulieren und durchsetzen.“ Und: „Gängige Argumentationsstrukturen müssen aufgebrochen werden.“ Rassismus müsse in all seinen Formen erklärt werden. „Es besteht Handlungsbedarf.“

Auch über die Möglichkeit der Kündigung bei rassistischen Äußerungen und Verhalten wird diskutiert. Ein Teilnehmer weist auf den Paragraphen 104 hin sowie die Möglichkeit der Abmahnung. Außerdem werden drei Beispiele genannt, in denen KollegInnen gekündigt wurde. So aufgrund eines SS-Tattoos, eines offensichtlichen Rassismusvorfalles sowie wegen sexistischem Verhaltens. Eine sofortige Entlassung wird darüber hinaus kritisch betrachtet und es wird darauf hingewiesen, dass eine Kündigung nicht immer sinnvoll sei und dass darüber im Einzelfall entschieden werden müsse.

Als mögliche Bündnispartner wird die Kirche genannt, die, obschon sie eine ganz andere Institution sei, dennoch ein möglicher Partner für Gewerkschaften in antirassistischer Arbeit sein könne.

Abschließend wird noch darauf hingewiesen, dass das Thema „Diversity“ immer noch ein relativ neues Thema in den Betrieben sei. So sei struktureller Rassismus leichter zu bekämpfen, wenn es klare Regeln der Gleichbehandlung gäbe. Das Konzept der Diversität komme erst langsam in der Arbeitswelt zum Tragen. Den Teilnehmenden wird geraten, sich im Rahmen des Betriebsrates die Unterschiede in den Gehältern und Förderungen anzuschauen und, in Bezug auf die Differenz, gegen Diskriminierung zu arbeiten. Die ReferentInnen schließen mit der Aufforderung, aktiv zu werden und als MultiplikatorInnen zu agieren.

Forum 3

Rassistische Hetze und flüchtlingsfeindliche Mobilisierung

Inputreferat: Michael Trube (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin)

Moderation: Mark Haarfeldt (Verein Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e. V.)

Protokollantin: Sarah Kusch

Inputreferat

Neue Unübersichtlichkeit – Rechtsextremismus und Rechtspopulismus im Jahr 2016

Seit dem Sommer 2013 kommt es in ganz Deutschland zu rassistisch motivierten, aber letztendlich lokal begrenzten Mobilisierungen, die sich vor allem gegen geplante oder eröffnete Flüchtlingsunterkünfte richten. Rechtsextreme Parteien und Organisationen haben in den meisten Fällen den organisatorischen Rahmen gestellt und so im lokalen Kontext versucht, rassistische Ressentiments in der Bevölkerung für sich zu nutzen. Allerdings gelang es weder der NPD noch anderen rechtsextremen Akteuren aus den Aktivitäten eine erfolgreiche bundesweit organisierte Bewegung zu formen und langfristig zu verankern. Vielerorts ebten die Proteste wieder ab und zählbare Erfolge konnten nicht erzielt werden. Jedoch beeinflussten zwei Ereignisse im Herbst 2014 die gesellschaftliche Debatte erheblich und sorgten für eine Dynamisierung und Beschleunigung einer rechten Radikalisierung, deren Ende bis heute nicht absehbar scheint.

Zum einen demonstrierten am 26. Oktober bis zu 5.000 rechte und rechtsextreme „Hooligans“ in Köln unter dem Label „Hooligans gegen Salafisten“. Es kam zu schweren Ausschreitungen, eine migrantische Gastronomie wurde angegriffen und die Polizei, die den Aufmarsch genau wie antifaschistische Gruppen im Vorfeld massiv unterschätzte, hatte Mühe, die randalierenden Hooligans im Zaum zu halten.¹ Eine Folgedemonstration des gleichen Spektrums in Hannover verlief wesentlich unspektakulärer und den OrganisatorInnen hinter HoGeSa gelang es nicht, unter dem Label eine nachhaltige politische Struktur zu etablieren.

Wesentlich erfolgreicher und nachhaltiger gelang dies den „Patriotischen Europäern gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA), die nur wenige Tage vor der Demonstration in Köln ihren ersten „Abendspaziergang“ mit rund 350 Personen in Dresden durchführten. Mit beharrlicher Kontinuität

organisierte das Team um den mehrfach vorbestraften Lutz Bachmann wöchentliche Demonstrationen, die im Januar 2015 ihren Höhepunkt erreichten, als rund 20.000 Personen durch Dresden marschierten. Seither sind die wöchentlichen TeilnehmerInnenzahlen zwar deutlich gesunken,² dennoch gelang es PEGIDA den gesellschaftlichen und medialen Diskurs nachhaltig zu beeinflussen. Ausgehend von Dresden gründeten sich zahlreiche kleine und Kleinstabler, von denen nur die wenigsten offiziell vom „Mutterverein“ anerkannt worden sind und die, wie BÄRGIDA in Berlin, mit teilweise nur wenigen Dutzend Personen regelmäßig demonstrieren. Ausgehend von Köln und Dresden, und befeuert durch zahlreiche Akteure von denen einige im Folgenden genauer beleuchtet werden sollen, vollzieht sich ein Rechtsruck, der das Potential an rassistischen und rechtsextremen Einstellungen, welche seit Jahren konstatiert werden, offen zutage treten ließ und das dahinterstehende Personenpotential mit massivem Selbstbewusstsein an unterschiedlichsten Stellen gegen das Ideal einer gleichberechtigten und solidarischen Gesellschaft agiert.

„Neue Unübersichtlichkeit“

Während es in den 1990er und 2000er Jahren zwar eine zahlenmäßig relativ starke rechtsextreme Szene gab, handelte es sich dennoch um ein relativ homogenes Milieu. Zumeist klar abgegrenzt von demokratischen Positionen und Gesellschaftsmodellen entwickelten sich, neben Parteien wie der NPD und den Republikanern, in den 1990er Jahren die Freien Kameradschaften, die als lokal agierende und regional vernetzte Gruppierungen vor allem für Gewalttaten und Aktivitäten auf der Straße verantwortlich zeichneten. Zu Beginn der 2000er Jahre gründeten sich Gruppen sogenannter Autonomer Nationalisten, tendenziell eher junge Neonazis im urbanen Raum, die mit der Adaption alternative Jugendkultur versuchten, die Szene zu modernisieren. An vielen Orten gelang es diesen Gruppierungen in einem begrenzten Raum Wirkung zu entfalten. Besonders durch gezielte Angriffe auf Personen oder Beschädigungen bis hin zu Brandstiftungen an Objekten. Was jedoch nur in sehr geringem Ausmaß gelang, war der Schulterchluss mit jenen Personen, die zwar inhaltlich Versatzstücke rechtsextremer Ideologie teilten, sich aber auf der Straße oder durch Aktionen nicht mit der rechtsextremen Szene gemein machen wollten. Es gab somit zwischen dem rechtskonservativen Milieu in demokratischen Parteien und der vielfach offen rechtsextrem auftretenden NPD kein vielversprechendes Angebot. Mittlerweile ist genau diese Lücke durch zahlreiche lokale, regionale und bundesweit agierende Akteure gefüllt, die sich, mal mehr und mal weniger glaubhaft, von einem angestaubten und am Nationalsozialismus orientierten Rechtsextremismus distanzieren und damit ein Identifikationsangebot für das oben beschriebene Personenpotential darstellen. Diese „Neue Unübersichtlichkeit“ stellt eindeutig eine neue Qualität im modernen Rechtsextremismus dar, da sowohl inhaltlich als auch vom Aktionsrepertoire

1 Vgl. <http://www.mbr-koeln.de/2014/10/28/hooligans-gegen-salafisten-in-koeln>

2 <https://durchgezaehlt.org>

her neue Wege beschritten werden und sich somit eine ganze Bandbreite neuer Herausforderungen auf antifaschistische und zivilgesellschaftliche Akteure ergeben hat.

Nachfolgend soll an vier Beispielen verdeutlicht werden, mit welchen Methoden und Inhalten die unterschiedlichen Organisationen und Parteien agieren, auf welche Strategien sie setzen und welches Potential ihre stetig voranschreitende und sich verfestigende Vernetzung zukünftig haben könnte.

GIDA-Aufmärsche – Rassismus auf der Straße

Wie bereits beschrieben, marschiert in Dresden seit Oktober 2014 ein Spektrum auf, welches mit der Beschreibung „rechtsextrem“ nicht ausreichend charakterisiert wäre. Einigende Klammer der dort stattfindenden Aufmärsche ist die rassistisch motivierte Ablehnung des Grundrechts auf Asyl und – spätestens seit der Entscheidung von Kanzlerin Angela Merkel, die Grenzen für Geflüchtete aus Syrien zu öffnen, die in Budapest festsaßen – eine damit untrennbar verwobene Kritik an den „Alt- bzw. Systemparteien“; vor allem personifiziert durch die Bundeskanzlerin, sowie die Bundesminister Sigmar Gabriel und Heiko Maas. Darüber hinaus artikuliert sich auf den Demonstrationen ein schier unüberschaubares Konglomerat rechter und rechtsextremer Forderungen und Verschwörungsideologien, die mit unverhohlener Aggression als legitime Ängste und Sorgen verklausuliert werden, um besonders ihren Forderungen Legitimität zu verleihen.

Studien, wie die des Göttinger Instituts für Demokratieforschung,³ kommen jedoch zu dem Ergebnis, dass bei PEGIDA gerade nicht das abgehängte Prekariat auf die Straße geht, um für mehr Teilhabe und Gerechtigkeit zu demonstrieren. Vielmehr demonstriert vorwiegend das rechte Bürgertum, das vorgibt, keine Repräsentation mehr zu erfahren („Wir hier unten gegen die da Oben“) und sich als Opfer von „Meinungsdiktatur“ sowie „linksgrünversifften Gutmenschen“ inszenieren. Davon ausgehend fordern sie, dass Politik sich nun wieder den „eigenen“ Leuten zuwenden müsse, anstatt Minderheitenrechte zu schützen. Neben diesem rechten Bürgertum finden sich auf den Demonstrationen in Dresden, aber auch den bundesweit stattfindenden Ablegern, organisierte Rechtsextreme aus Kameradschaften, NPD, der Partei „III. Weg“, der „Identitären Bewegung“, Personen aus dem Reichsbürger-Spektrum, fußballaffine Rechte, Rechtsextreme und Hooligans, Mitglieder der AfD und ihrer Unterorganisationen, wie der „Patriotischen Plattform“, AnhängerInnen rechter Splittergruppen und flüchtlingsfeindlicher Initiativen. Im Schatten der großen Demonstrationen kommt es regelmäßig zu Angriffen durch organisierte Neonazis aus Dresden und dem Umland, weshalb die Dresdener Innenstadt an Montagen für Menschen, die von rassistischer Hetze betroffen sind, ein temporärer Angstraum geworden ist.

Neben einer Betrachtung des Personenpotentials unter den Teilnehmenden lohnt auch ein Blick auf die Bühne, auf

3 Finkbeiner, Florian et al. PEGIDA: Aktuelle Forschungsergebnisse: <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/pegida-2016-studie> (zuletzt abgerufen: 09.01.2017)

der zahlreiche Führungspersonen der momentanen (neu-)rechten und rechtsextremen Szene reden. Neben dem bereits erwähnten Organisator Lutz Bachmann sprechen regelmäßig die Publizisten Jürgen Elsässer (Compact-Magazin) und Götz Kubitschek (Institut für Staatspolitik), der Identitäre Aktivist Martin Sellner aus Österreich sowie Andreas Wild (MdB, AfD Berlin). Das Verhältnis der AfD zu PEGIDA ist hingegen parteiintern nicht einheitlich. Während vor allem die sächsische Fraktionsvorsitzende Frauke Petry bemüht ist, Distanz zu PEGIDA zu wahren, treten andere AfDler offen bei PEGIDA-Veranstaltungen als Redner auf oder loben PEGIDA als „Vorfeldorganisation“ der AfD.⁴ Nicht zuletzt an dieser Frage tobt der weiterhin erbittert geführte Flügelstreit innerhalb der AfD und der weitere Umgang von beiden Organisationen dürfte von zentraler Bedeutung für den zukünftigen Verlauf der rechten Mobilisierung in Deutschland sein.

Identitäre Bewegung – Der aktivistische Arm

Die „Identitäre Bewegung“ (IB) versteht sich als aktivistischer Arm der Neuen Rechten. Mit öffentlichkeitswirksamen, provokativen Aktionen versuchen sie, auf sich aufmerksam zu machen. Mit der Besetzung des Brandenburger Tores Ende August gelangen die Rechtsextremen deutschlandweit in die Medien. Bundesweit hat die Gruppe nach Schätzungen vom Juni 2016 rund 400 Mitglieder, wobei davon auszugehen ist, dass diese Zahl mittlerweile deutlich höher liegt.⁵ Entstanden ist die rechtsextreme Jugendbewegung Anfang des Jahrtausends in Frankreich, wo sie im Oktober 2012 mit der Besetzung des Daches einer Moschee in der Stadt Poitiers erstmals eine größere Öffentlichkeit auf sich aufmerksam machte. Schnell entstanden Ableger in nahezu vielen europäischen Ländern. In Deutschland gab es seit 2012 vor allem Facebook-Gruppen, die kaum Außenwirkung außerhalb des Internets entfalten konnten. Von Anfang an wurden diese Gruppen jedoch von neurechten Zeitungsprojekten und Think Tanks publizistisch, logistisch und ideell unterstützt, so dem Netzwerk „EinProzent“, dem u.a. Götz Kubitschek und Jürgen Elsässer angehören. Anders als bei Neonazi-Gruppen verzichten die „Identitären“ bewusst auf einen positiven Bezug auf den historischen Nationalsozialismus. Sie berufen sich stattdessen auf die Ideen antidemokratischer Vordenker der „Konservativen Revolution“ aus der Weimarer Republik. Die IB versucht, völkische Gesellschaftskonzeptionen durch modern aufgemachte Inszenierung zeitgemäß erscheinen zu lassen.

Seit 2015 treten die „Identitären“ verstärkt im öffentlichen Raum in Erscheinung. Die Inszenierung steht bei ihren Aktionen im Vordergrund. Sie sind in der Regel nach einem ähnlichen Muster choreografiert: Eine überschaubare Zahl

4 ZEIT Online. Höcke bedankt sich bei Pegida: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-04/afd-bjoern-hoecke-pegida-wegbereiter-wahlerfolg>

5 Sächsische Zeitung. Rund 50 „Identitäre“ in Sachsen aktiv: <http://www.sz-online.de/sachsen/rund-50-identitaere-in-sachsen-aktiv-3411324.html>

von „Identitären“ taucht überraschend auf und verschwindet in der Regel ebenso schnell wieder. Sie wählen dafür symbolisch aufgeladene Orte, an denen kein nennenswerter Widerstand zu erwarten ist. Ihre Aktionen bedienen eine popkulturelle Ästhetik und werden mit professionellen Videobeiträgen in den sozialen Netzwerken auf- und nachbereitet. Sie sind das Vehikel für eine von den „Identitären“ formulierte regressive Kulturkritik.⁶

Alternative für Deutschland – Der Kampf um die Parlamente

Es scheint, als habe sich mit der Alternative für Deutschland (AfD) eine Lücke geschlossen. Während es in den meisten Staaten Europas mittlerweile starke rechte Parteien jenseits des konservativen Spektrums gibt, konnte sich in Deutschland bisher keine solche Partei dauerhaft etablieren. Auf der einen Seite dieser Leerstelle befand sich die offen völkische, rechtsextreme NPD nebst verschiedenen anderen rechtsextremen Kleinparteien, auf der anderen Seite bemühten sich etablierte Parteien darum, auch WählerInnen mit rechten und rechtsextremen Einstellungen zu binden. Dass dieses Potential nicht klein und in sämtlichen sozialen Schichten und Regionen beheimatet ist, gehört zu den viel zitierten Erkenntnissen der Einstellungsforschung seit über 15 Jahren. Die Aufmerksamkeit sollte also nicht allein den Dynamiken und Kräfteverhältnissen innerhalb der AfD gelten, sondern ebenso den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, die sich unter anderem in einem wachsenden Spektrum ausdrücken, das für eine rechte Partei mobilisierbar ist.

Die AfD ist trotz aller internen Machtkämpfe momentan in einer komfortablen Position. Die Selbstinszenierung als zwar rechte, aber demokratische Partei, die den gesellschaftlichen Diskurs beeinflusst, beschert ihr zahlreiche Einladungen in TV-Sendungen und somit weitere mediale Präsenz sowie eine regelmäßige Bühne für die weitere Verbreitung ihrer rassistischen und reaktionären Positionen. Geschickt schafft sie es, demokratischen Widerspruch oder Abgrenzung als Zensurversuche und „Gesinnungsterror“ zu deklarieren und so die gesellschaftlich stark aufgeheizte Stimmung weiter zu polarisieren. Denn anders als vielfach behauptet, geht es der AfD nicht um konstruktive Beiträge zur Lösung einer wie auch immer gearteten Krise. Die Beschwörung einer krisenhaften Situation ist geradezu konstitutiv für den Politikstil der AfD, weshalb es auch ein Trugschluss ist, den Forderungen und Positionen der AfD nachzukommen und konstruktiv zu debattieren, um sie damit zu „entzaubern“ oder zu „demaskieren“.⁷

6 Der Absatz ist folgendem Text entnommen: MBR Berlin. Die „Identitäre Bewegung“. Was steckt dahinter: <http://www.mbr-berlin.de/aktuelles/die-identitaere-bewegung-was-steckt-dahinter/>

7 Der Absatz ist einem Redemanuskript von Bianca Klose (MBR Berlin) entnommen.

Netzwerke der Neuen Rechten

Die Neue Rechte als Strömung im modernen Rechtsextremismus hat ihre Ursprünge in Frankreich, stellt aber gerade in den letzten Jahren einen wachsenden und nicht mehr wegzudenkenden Teil der hiesigen extremen Rechten dar. Ganz im Stile klassischer politischer Think-Tanks agieren Organisationen wie das Institut für Staatspolitik (IfS), orchestriert von rechtskonservativen/neurechten Blättern wie der Jungen Freiheit oder dem verschwörungsideologischen Magazin Compact des Aktivisten Jürgen Elsässer. Ausgehend von Götz Kubitscheks Rittergut im sachsen-anhaltinischen Schnellroda vernetzt sich die Szene, nutzt Räume für Schulungsveranstaltungen und organisiert kulturelle Veranstaltungen, die in der ethnopluralistischen Vorstellung der Neuen Rechten als „typisch deutsch“ gelten mögen. Und auch wenn die AfD Götz Kubitschek und seiner Frau Ellen Kositzka noch 2015 die Mitgliedschaft verweigerte, kann dieser sich nicht über mangelnde Kontakte zu führenden AfD-Funktionären beklagen. So hielt der thüringische AfD-Fraktionsvorsitzende Björn Höcke im IfS seine vielbeachtete Rede über vermeintlich unterschiedliche Reproduktionsstrategien von Menschen in Afrika und Europa. Doch anstatt wegen derartig biologistisch-rassistischer Aussagen in der AfD anzuecken, gilt Höcke bei großen Teilen der AfD-Anhängerschaft weiterhin als die zentrale inhaltliche Instanz in der Partei.

Doch nicht nur in Schnellroda werden Vernetzungspläne sichtbar. Auf der am 5. November in Berlin abgehaltenen Konferenz des Magazins Compact traten neben dem Herausgeber Jürgen Elsässer auch Götz Kubitschek, der Identitäre Martin Sellner, PEGIDA-Chef Lutz Bachmann und André Poggenburg, Landesvorsitzender der AfD in Sachsen-Anhalt, auf. Der rote Faden der Konferenz war, neben der allgegenwärtigen Einstimmung auf einen gemeinsamen Feind, die künftige Zusammenarbeit, die, nach Ansicht der anwesenden Redner, nur arbeitsteilig von statten gehen könne. Während also die AfD um die parlamentarische Macht zu kämpfen habe, wäre die Aufgabe von PEGIDA vor allem der Kampf um die Straße. Der Identitären Bewegung käme hingegen die Aufgabe zu, durch öffentlichkeitswirksame Aktionen der gemeinsamen Sache zu dienen, begleitet durch theoretische und publizistische Unterstützung durch IfS und Compact. Auch wenn es auf allen Seiten noch BedenkensträgerInnen gegen diese Entwicklung gibt, nehmen die befürwortenden Stimmen und gemeinsamen Aktionen doch spürbar zu. An zahlreichen Stellen ist zu bemerken, dass die Normalisierungsbemühungen von Rechts Früchte tragen und die vielfach abstrakt bemühte Formel von der Diskursverschiebung praktisch sichtbar wird und es als Ausdruck einer offenen Debatte verstanden wird, den rechtsextremen Aktivisten Götz Kubitschek zu einer Diskussionsrunde mit dem Innenminister von Sachsen-Anhalt einzuladen, wie vom Städtischen Theater Magdeburg für den Januar 2017 geplant war und nach heftiger Kritik doch abgesagt wurde. Die Formierung einer neuen rechten Bewegung in Deutschland wird also von Tag zu Tag konkreter und stellt vor allem für diejenigen eine reale Gefahr dar, die alltäglich von rassistischer, sexistischer und homophober Hetze betroffen sind.

Gruppe 1

Der Referent stellt zunächst die Arbeit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin vor und berichtet aus dem Erfahrungsschatz der Beobachtung rassistischer Akteure aller Schattierungen. Als neue Tendenz benennt er, dass Anfragen im letzten Jahr von Menschen kamen, die vorher nicht mit dem Thema konfrontiert waren, „es ist auf einmal ganz nah“. Als Beispiel werden Ehrenamtliche aus der Flüchtlingsarbeit genannt, die auf einmal in das Visier von Neonazis geraten. Generell ist eine Reaktivierung von Aktionsformen zu verzeichnen, die es eine Weile in dem großen Ausmaß nicht gab. Ein offenes und gewaltsames Auftreten von rechtsextremistischen Erscheinungsformen ist wieder aktuell.

Die AfD hat es geschafft die Leerstelle zwischen rechtskonservativem Milieu und der extremen Rechten zu schließen und bietet dabei „Angebote an, die sich dem Gesellschaftsbild der 1950er Jahre entlehnen“. Zentral bei der Betrachtung ist die Gefahr, die von der Vernetzung und Verankerung der Akteure in lokalen Strukturen ausgeht, besonders auf Gruppen, die nicht dem Spektrum angehören.

Wenn die Identitäre Bewegung als aktionistischer Flügel betrachtet werden muss, ist die AfD als parlamentarischer Arm dieses Spektrums zu begreifen. Aktuell, konstatiert der Referent, treten Widersprüche immer mehr in den Hintergrund und er benennt die Compact-Konferenz, auf der Jürgen Elsässer als Strategie für die Zukunft die Initiative „EinProzent“ propagiert,

damit dieses Klientel „gemeinsam mit einer Stimme sprechen“ könne. Man habe den Eindruck, dass ein „Damm“ seit 2015 gebrochen sei. Ein Symbol, das rassistische Aussagen und Meinungen wieder salonfähig gemacht werden sollen. Der Referent lädt an dieser Stelle das Panel ein, ihre Wahrnehmung des von ihm geschilderten Phänomens zu diskutieren.

Das Panel stimmt dem Referenten zu. „Vor 2015/16 kannte man Akteure und es war gelungen Gegenprotest zu organisieren, man hatte sie bis dahin einigermaßen im Griff!“ Es wird noch einmal auf den „Dammbruch“ Bezug genommen und konstatiert, dass ein nationalistisch-völkisches Vokabular wieder in der Mitte angekommen sei.

Weiter geht es um den Begriff des Beobachtens von rassistischen Strukturen und Inhalten. Es wird die Frage gestellt, bis wohin man blicken müsse. „Wir können nicht Rassismus bekämpfen, wenn wir sagen, da ist die Grenze. Wer die CSU beobachtet, der erkennt, dass sie die AfD 2017 wohl rechts überholen wollen. Das Grundsatzprogramm ist, wenn auch bayrisch, klar nationalistisch.“ Weiter wird über die Frage diskutiert, wann der „Damm“ angefangen habe zu bröckeln. „Dann müssen wir über Thilo Sarrazin reden. Denn das Problem lässt sich sonst nicht erkennen. Sein Buch war das erfolgreichste deutsche Sachbuch seit 1945. Auch das so jemand in der SPD geblieben ist, hat Auswirkungen.“

Es gibt einen Redebeitrag, der die Gleichgültigkeit problematisiert. Als Beispiel wird die Eröffnung eines „Thor Steinar-Ladens“ und der ausbleibende Gegenprotest genannt. Versuche der Sensibilisierung werden allzu oft mit Gleichgültigkeit beantwortet. Die Frage „wie kriegt man es in die Köpfe,



dass es wichtig ist das zu erkennen?“ ist ein grundlegendes Problem, was in diesem Forum nur bruchstückhaft beantwortet werden kann.

Eine Diskussion über die Notwendigkeit der Verteidigung demokratischer Werte und um die damit verbundenen Schwierigkeiten, vor die sich Einzelne in der Praxis gestellt sehen, wird nachfolgend angesprochen. Die Frage danach, ob es ausreicht, diese Werte einfach nur vorzuleben, wird vom Forum mehrheitlich mit der unbedingten Notwendigkeit nach offensivem Einstehen für demokratische Grundwerte beantwortet. Denn „Ignoranz führt dazu, dass diese extreme Strömungen stärker werden und an Einfluss gewinnen.“ Dazu wird festgehalten: „Man darf sich die Debatte nicht wegnehmen lassen! Und das fängt genau hier an, wenn gesagt wird, „ich finde das nicht so toll, das Lesben heiraten können. Denn da muss man dagegen klar argumentieren! Man muss das klar benennen! Denn die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Im Kontext des Zuwachses, den rechte Milieus derzeit erhalten, taucht in der Diskussion immer wieder der Begriff der Verlustangst auf. Der Referent macht hierzu deutlich: „Es gibt keinen Automatismus, zwischen der Angst vor Arbeitsplatzverlust und Rassismus werden. Es ist wichtig, klar zu machen, dass man das nicht teilt. Die Angst vor Wohlstandsverlust ist nur ein Aspekt von Vielen. Die Frage danach, wie autoritär bin ich in meiner Persönlichkeitsstruktur, macht sich davon unabhängig.“

Aus dem Forum wird die Sorge um den Zusammenbruch der Zivilgesellschaft geäußert. Es wird festgehalten: wenn Grundsätze des demokratischen Miteinanders nicht mehr gelten, führe das zu massiven Problemen. Der Verlust der Akzeptanz eines politischen Systems, vor allem des demokratischen Grundsatzes der Gleichheit, ist höchstgefährlich. „Da müssen wir auf allen gesellschaftlichen Ebenen aktiv werden.“, so ein Teilnehmer. Bildung spiele eine große Rolle, denn Demokratie sei eine Kompetenz, die man erwerben müsse. Der Referent dazu: „Die Leute verstehen oft nicht, warum eine offene, pluralistische Gesellschaft gut ist. Offensichtlich reicht es nicht, es einfach nur zu leben. Es geht gerade darum, zu verteidigen, was in den letzten Jahrzehnten erkämpft wurde. Es braucht eine alternative Deutung der gesellschaftlichen Situation. Aber wer formuliert denn das entgegengesetzte Gesellschaftsbild? Das Problem ist auch, dass klassische Demokratieerziehung oft nur Bestandteil von außerschulischer Bildungsarbeit ist. In den Genuss kommen leider nicht alle.“

Es gibt breite Zustimmung. Mehrere Redebeiträge fordern, Gewerkschaften sollten in der Debatte wieder lauter werden. Weiter wird das Versäumnis des Aufbrechens von Mythen problematisiert. „Wenn ich heute mit Jugendlichen diskutieren muss, ob es schlecht war, den Euro einzuführen, ist etwas schief gelaufen.“

Abschließend gibt es eine Debatte darüber, ob es zu kurz greift, Pegida weitere unter dem Begriff des „Protests“ zu subsumieren. „Man muss sich bewusst machen, dass an zu wenig Kita-Plätzen nicht Flüchtlinge Schuld sind. Das hat immer eine rassistische Komponente. Das Problem ist aber auch, die Leute holt niemand mehr ab und nimmt sie auch nirgendwo hin mit. Was fehlt ist eine langfristig angelegte Basisarbeit, die mit Leuten gemeinsam Perspektiven entwickelt, vor allem in ländlichen Regionen.“

Gruppe 2

„Nur auf der Grundlage, genau zu wissen, von wem Aktionen derzeit ausgehen und wie sie agieren, können wir adäquate Gegenstrategien entwickeln.“ Zu Beginn stellt der Referent die signifikanten Veränderungen und neuen Akteure in der extremen Rechten seit 2013 vor. Mit dem Thema Migration/Flucht nach Deutschland gelingt es momentan Stimmung zu machen. Die Parole „Nein zum Heim“ bringt mehr Menschen auf die Straße als die NPD-Fahne. Seitens des Referenten wird beispielhaft die zentrale Frage der „Mitte Studie“ erwähnt. So sind 80% der Befragten der Meinung, bei der Prüfung von Asylanträgen darf der Staat nicht großzügig sein. Dies ist exemplarisch dafür, dass seit dem Sommer 2015 ein Anstieg rassistischer Meinungsäußerungen in der Öffentlichkeit festzustellen ist.

Es gibt einen kurzen Exkurs zur aktuellen Lage, „der Bandbreite dessen, womit wir konfrontiert sind“. Die NPD, die zurzeit mit finanzielle Probleme konfrontiert ist, hat mit größtenteils zerstrittenen Landesverbänden zu kämpfen. Zusätzlich schadet ihr die Konkurrenz der AfD. Weiter erfährt das Forum von der Partei „Der Dritte Weg“, die vor allem regional verankert ist. So gibt die neonazistische Partei den Ratgeber „Was du gegen Flüchtlingsunterkünfte in deiner Nachbarschaft tun kannst!“ heraus. Die AfD hingegen schafft es, sich das Diffuse zu erhalten, während sie einen bürgerlichen Eindruck machen möchte. Es existieren auch Kontakte in das rechtsextreme Milieu – „die AfD will eine rechte Transformation der Gesellschaft!“

Der Referent stellt weiter fest: „Eine große Gefahr ist auch die Vernetzung, die mit außerparlamentarischen Kräften voran getrieben wird“. Die Identitäre Bewegung versuche ihr inhaltliches Konzept durch spektakuläre Aktionen zu verbreiten. Die Kampagne „Stoppt den großen Austausch“ von 2015 beruhe auf der Verschwörungsphantasie, Merkel wolle mit geflüchteten Menschen eine neue, dankbare Bevölkerung ins Land holen, die gegen das „alte deutsche Volk“ ausgetauscht werden würde. „Letztendlich steckt hinter diesem Ethnopluralismus völkisches Denken und ist ein simples Angebot für Menschen die auf der Suche nach Identität sind. Da darfst du noch ein Deutscher sein!“, so die Botschaft der Identitären.

Der Rückenwind, der von Pegida ausgehe, motiviere auch Menschen anderer Orts, ihren Rassismus offensiver in die Gesellschaft zu tragen. Eine Schnittstelle sei das Institut für Staatspolitik, gegründet von Gerd Kubitschek, das rassistische und autoritäre Themen in der Mitte der Gesellschaft etablieren wolle. Oder das Compact-Magazin von Jürgen Elsässer versuche neurechte Netzwerke zu etablieren. „Früher war der Feind klar. Mittlerweile ist es ganz nah gerückt. In der Familie, im Freundeskreis, im Sportverein. Überall muss ich mich mit rassistischen Positionen auseinandersetzen. Es ist nicht mehr die Frage wie wir eine kleine Gruppe Nazis klein halten. Es geht um eine Änderung der Gesellschaft.“

In der offenen Diskussion kommt zunächst die Frage nach der Rolle Russlands auf, das von neurechten AnhängernInnen als Vorbild gesehen werde. Putin kritisiere die EU-



Außenpolitik, besonders in Bezug auf den Bürgerkrieg in der Ukraine. Es gibt Indizien, dass russisches Geld in neurechte Organisationen in Europa fließe. Der Verdacht bestehe, dass eine Destabilisierung von rechts im Interesse der russischen Außenpolitik sei. Hierbei gäbe es auch ideelle Überschneidungen. Das Konzept, dass eine überlegenen „weißen Rasse“ weltweiten Einfluss haben muss, sei wie bei westeuropäischen Nationalisten neurechter Prägung auch in Russland populär.

Es taucht die Frage auf, wie am besten darauf zu reagieren sei, wenn lautstarker und menschenverachtender Protest bei lokalen Veranstaltungen stattfindet? Der Referent empfiehlt, keine Diskussion in einer solchen Situation zu führen: „Wo kommen wir denn da hin, wenn ich mit Leuten darüber diskutiere, ob eine Flüchtlingsunterkunft gebaut wird oder nicht. Es ist ein Grundrecht und das ist nicht verhandelbar. Man darf niemals den Leuten das Gefühl geben, dass man da verhandeln kann! Hier ist ganz viel rassistisches Ressentiment dahinter. Da darf man nicht inhaltlich nachgeben. Für die Arche kein Geld, ist immer erst dann Thema, wenn Flüchtlinge kommen!“

Gerade bei eigenen Veranstaltungen gilt: „Separieren der radikalen Kräfte ist fundamental!“ Im Vorfeld sollten sich VeranstalterInnen Gedanken darüber machen, welche Menschen angesprochen werden sollen. Eine produktive Diskussion liege häufig an der Bereitschaft der Teilnehmenden, ohne Polemik zu diskutieren. „Es gibt Möglichkeiten gezielt nach Meldeadressen einzuladen, ich würde solche Veranstaltungen so klein wie möglich zu halten!“

Auf Nachfrage aus dem Forum wird das Versäumnis konstatiert, „migrantische Communities“ in antirassistische Arbeit einzubinden. Diese Lücke ist seit Bekanntwerden des Nationalsozialistischen Untergrundes deutlich geworden. „Da sind wir gerade am Anfang und lernen dazu!“, so ein Teilnehmer. Es herrscht Einigkeit darüber, dass es breite Bündnisse antirassistischer Arbeit brauche sowie einen Gegenentwurf zu rassistischen Tendenzen in unserer Gesellschaft. Die Frage sei, in welcher Gesellschaft wollen wir stattdessen leben. Es gehe um ein offensives Vertreten einer pluralistischen Gesellschaft, die allen Minderheiten Zugang zu allen Positionen biete.

Zuletzt erläutert ein kurzer Bericht die Lage in Thüringen, um gemeinsam das Erarbeiten einer Herangehensweise für die Zukunft anzuschließen. Zunächst wird festgehalten, dass Thügida, der ehemalige Ableger von Pegida, zu rechts für „besorgte Bürger“ sei. Sehr problematisch sei dabei auch die Tatsache, dass in Erfurt die AfD auf der Straße starke Präsenz zeige, so der Bericht eines Teilnehmers aus Thüringen. Der Gegenprotest binde so viele Ressourcen, dass für andere gesellschaftskritische Arbeit kaum Zeit bleibe. Es wird angesprochen, dass die Polizei das Problem links sehe. Stimmen aus Thüringen im Forum warnen, dass dieses Problem auch im bundesweiten Kontext gesehen werden müsse, „denn das kann in Zukunft überall auftreten!“ Konstatiert wird, dass antirassistische Bündnisse die ganze Arbeit alleine machen, „viele werden von jungen Leuten gestemmt“. Der Aufruf nach dem Ausbau der Unterstützung von Jugendverbänden bildet den Abschluss einer lebhaften Diskussion.

World-Café

Im Abschnitt „World-Cafe“ hatten die Teilnehmenden der Tagung die Aufgabe, aktiv über Möglichkeiten in fünf Gruppen nachzudenken, die für eine Verbesserung der antirassistischen Arbeit im Betrieb beitragen sollten. Ebenso wurde über Optionen diskutiert, um Menschen für ein antirassistisches Engagement zu gewinnen bzw. sie für die Thematik zu aktivieren.

In fünf Räumen wurden dazu Tafeln aufgestellt, auf denen die Teilnehmenden ihre Ideen schreiben konnten. Dazu kam es in einer lockeren Atmosphäre zu Gesprächen und anregenden Diskussionen, die Ideen ergänzten oder weiter tragen konnten. Gleichzeitig war dies die Gelegenheit für die Engagierten des Kumpelvereins, die Vereinsarbeit zu prägen, die dann von den Hauptamtlichen umgesetzt werden soll. Die fünf Räume waren thematisch untergliedert in Zielgruppe Jugend, Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung, Jugendbildung und „Was erleben wir? Was wollen wir?“

Zielgruppe Jugend

Die Jugend bildet für den Kumpelverein einen Schwerpunkt, um in Betrieb und Gesellschaft aktiv gegen rassistische und diskriminierende Vorgänge zu agieren. Besonders durch unseren Wettbewerb wird sie für das Thema sensibilisiert und gewinnt damit erste Berührungspunkte, die ausgebaut werden können. Das Thema, wie Jugend besser erreicht werden kann, war somit rege besucht und führte generationsübergreifend zu produktiven Diskussionen, die die Arbeit des Vereins berühren werden.

Besonders die Anregung, der Verein solle mit Jugendlichen im konzeptionellen Bereich zusammen arbeiten, war ein Wunsch, der durchaus damit begründet wurde, dass „klassische Seminare“ nicht mehr viele Jugendliche anspre-

chen. Methoden, wie Festivals oder jugendkulturelle Veranstaltungen, sollen in einen politischen Rahmen stattfinden, um sowohl Spaß wie auch die politische Diskussion anzuregen.

Ein zweiter Hinweis war die Nutzung von sozialen Netzwerken, die ein wichtiger Kommunikationsort für Jugendliche darstellt. Die Implementierung solcher Kommunikationsformen kann Jugend besser ansprechen als traditionelle Medien. In diesem Punkt waren sich alle Teilnehmenden einig, dass der Kumpelverein eine größere Reichweite erzielen wird, wenn die Medien intensiver und mit einer jugendgerechten Sprache genutzt wird. Besonders die Einbeziehung von Jugendlichen in die Arbeit soll im Verein forciert werden. Das Sammeln von Ideen und die praktische Umsetzung können zu positiven Effekten führen.



Vernetzung

Unter dem Stichpunkt Vernetzung konnten die Teilnehmenden ihre Vorstellungen und Wünsche äußern, um eine bessere Kommunikation innerhalb des Vereins aber auch mit anderen Aktiven zu gewährleisten. Im Hinblick darauf wurden mehrere Möglichkeiten formuliert, die einen schnelleren Informationsaustausch ermöglichen wie auch regionale Strukturen besser einbetten.

Besonders die Dialog unter den Aktiven auf regionaler Ebene soll gefördert werden, die der Verein unterstützen soll. Dabei sollen Veranstaltungen über die Plattform des Vereins beworben werden und auch die Berichterstattung über bereits durchgeführte Events. Ebenso kam der Wunsch auf, dass der Verein verstärkt das Ehrenamt unterstützen soll. Hierzu könnte man regionale KoordinatorInnen einsetzen, die Aktionen organisieren und durchführen. Die Ausweitung des Onlineangebotes war gleichzeitig ein Wunsch, um der medialen Konsumierung vor allem jüngerer Menschen zu entsprechen. Diesbezüglich ist es von Nutzen, wenn der Kumpelverein als Schnittstelle fungiert, um das Potential der Engagierten besser zu fördern.

Öffentlichkeitsarbeit

In Zeiten der sozialen Medien ist die Kommunikation in der Öffentlichkeit zunehmend ein wichtiger Faktor, der mehrere Ebenen umfasst. Öffentlichkeitsarbeit ist immer verbunden mit einer direkten Kommunikation mit den Menschen, die die Texte lesen. Die Teilnehmenden sehen hier gerade Potentiale um den gewerkschaftlichen antirassistischen Kampf zu intensivieren.

Vor allem lokale Aktive sollen hier eingebunden werden. Dazu wurden Sportvereine, Schulen oder engagierte Belegschaften von Betrieben genannt, die als Träger enormen wichtig für das gesellschaftliche Leben sind. Die Arbeit in der Öffentlichkeit soll sich deshalb nicht auf soziale Medien konzentrieren, sondern übergreifend sein. Lokale Präsenz ermöglicht es, als direkter Ansprechpartner für Probleme wie auch Initiativen aufzutreten, die wiederum die Bindung zum Verein stärkt.

Jugendbildungsarbeit

Die inhaltliche Auseinandersetzung nimmt 2017 einen hohen Stellenwert ein, um antirassistische Positionen in die Öffentlichkeit und Gesellschaft besser zu verankern. Besonders Jugendliche sollen hierbei vom Kumpelverein angesprochen werden. Diesbezüglich war es wichtig, genauer nachzufragen, welche Inhalte und Themen vor allem gefragt sind und was für die eigene Arbeit erforderlich ist.

Die Nachfrage nach Informationsmaterial über Protagonisten und Organisation rechtspopulistischer Strömungen ist eine Grundvoraussetzung. Der Wunsch auf Kürze der Texte und Verständlichkeit stand im Vordergrund und muss weiter vorangetrieben werden. Dazu waren Angebote für JAVen und Berufsschulen, die z. B. in Versammlungen integriert werden können, ein wichtiges Anliegen. Die Schulung von MultiplikatorInnen wird als wichtiger Faktor angesehen, um mehr Menschen zu erreichen. Gerade in diesem Punkt ist eine Kooperation mit anderen Partnern wie den DGB-Gewerkschaften enorm wichtig.

Ebenso sollten Konzepte für Aktive zugänglich gemacht werden, die speziell für die betriebliche Ebene verfasst worden sind. Allgemein sehen die Teilnehmenden hier einen hohen Bedarf. Auch Gegenargumente bzw. Diskussionsveranstaltungen sollten weiter ausgebaut werden. Dieser Aspekt ist gerade im alltäglichen Umgang mit rassistischen Äußerungen hilfreich, um Menschen zu motivieren, gegen Rassismus aktiv zu werden.

Was erleben wir? Was wollen wir?

Der letzte Raum bot den Teilnehmenden an, intensiver über eigene Erfahrungen und Vorstellung zu diskutieren. Erfahrungen, sei es mit Rassismus oder positive Aktionen, sind ein wichtiger Bestandteil für die Arbeit des Kumpelvereins. Deutlich wurde, dass alle Teilnehmenden den grassierenden Rassismus als strukturelle Bedrohung ansehen, der seit 2015 deutlich an Intensität zugenommen hat. Gesellschaftliche Debatten, insbesondere um geflüchtete Menschen und die Auswirkung auf die Gesellschaft, berühren den betrieblichen Alltag.

Der Anstieg der rassistischer Stereotype und diskriminierender Aussagen führt auch auf der betrieblichen Ebene zu Spannungen innerhalb der Belegschaft. Ausgrenzung und Abwertung sind die Folge. Gleichfalls kam zur Sprache, dass rassistisches und rechtsextremistisches Verhalten im Betrieb nicht angesprochen werden, weshalb gar nicht die Möglichkeit existiert, dass interne Spannungen abgebaut werden können. Dieser Zustand muss durch Schulungen behoben werden. Der Wunsch hier intensiver zu agieren und mit den MitarbeiterInnen zu sprechen, wurde besonders herausgestellt.

Schließlich führe Aufklärung häufig zu einem Umdenkprozess, der dann rassistische Vorurteile auch abbaut. Diesbezüglich war auch die Forderung nach direkter Unterstützung bei der Umsetzung eine Forderung, die gleichsam inhaltliche wie auch methodische Fragen mit einbezieht. Im Hinblick auf Jugendliche sollten vor allem Lebenswirklichkeiten auch Bestandteil von qualifizierenden Seminaren werden. Dass hierbei die Arbeitswelt zentral behandelt werden soll, ist ein weiterer wichtiger Schritt, um antirassistische Bildungsarbeit in der Arbeitswelt zu verankern.

Schlusswort

Dr. Klaudia Tietze

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wir danken unseren ReferentInnen für die vielen inhaltlichen Impulse und unseren ModeratorInnen für die Ausgestaltung der Diskussionen. Wir danken dem Team des IG Metall Bildungszentrums am Pichelssee in Berlin, das uns einen Aufenthalt in familiärer Atmosphäre ermöglicht hat. Vor allem danken wir aber Euch, den TeilnehmerInnen, für die konstruktiven Diskussionsbeiträge und die offenen Gespräche während unserer Tagung.

Wir haben aus unterschiedlichen Perspektiven über die Frage gesprochen, wie wir Flüchtlinge schützen und dem Rassismus entgegentreten können. Diese neuen Erkenntnisse könnt Ihr jetzt in Eure Arbeit vor Ort, insbesondere in den Jugendbereich, einfließen lassen und anwenden. Ich wünsche Euch viel Erfolg dabei!

Während unserer Tagung wurde deutlich, dass fremdenfeindlichen Äußerungen und Taten die Frage nach dem Zustand unserer Demokratie und unserer Werte aufwerfen. Sie offenbaren die Schwächen und die Gefahren unserer offenen und pluralistischen Gesellschaft.

Wir müssen mit Herz und Leidenschaft unsere Demokratie und unsere Werte verteidigen. Wir müssen eine Atmosphäre des Respekts und der Gleichwertigkeit aufrechterhalten und vielerorts aber auch erst erschaffen. Der Rechtspopulismus entfesselt Hass und Gewalt gegenüber den Schwächsten in unserer Gesellschaft: den geflüchteten Menschen. Es wird viel über „die Flüchtlinge“ erzählt. Sie werden als „gefährliche Masse“ dargestellt, die unsere Gesellschaft zerstören würden. Aber wir leben nicht in einem autoritären Staat. Wir betrachten uns nicht als Masse, sondern als Individuen. Dieser Anspruch muss auch in Bezug auf geflüchtete Menschen gelten. Wir müssen uns um eine sachliche Debatte bemühen, Probleme und Erfolge gleichermaßen sichtbar machen und dort, wo es Demokratiedefizite gibt, Maßnahmen ergreifen. Denn demokratisches Denken wurde keinem Menschen in die Wiege gelegt, Demokratie muss gelernt und jeden Tag verteidigt werden.

Wir müssen als gewerkschaftliche Gemeinschaft ein fester und stabiler Anker in Zeiten von Hass und Gewalt gegenüber allem, was fremd oder anders erscheint, bleiben. Wir müssen unsere Jugend, die täglich Populismus begegnet, stärken und zu Verteidigerinnen und Verteidiger unserer demokratischen und offenen Gesellschaft ausbilden.

Wir danken euch!

Dr. Klaudia Tietze

Geschäftsführerin, Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.



Unterstütze uns!

Wir sind ein Verein, der sich für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus einsetzt; insbesondere in der Arbeitswelt. Unser Verein wurde im Jahre 1986 von der Gewerkschaftsjugend gegründet und wird vom DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften unterstützt. Somit sind wir eine der ältesten antirassistischen Organisationen in Deutschland.

Um unsere Arbeit erfolgreich fortsetzen zu können, brauchen wir Deine finanzielle und ideelle Unterstützung! In Form

einer Fördermitgliedschaft als auch durch eine Spende, durch die Werbung weiterer Förderinnen und Förderer, durch das Tragen des Ansteckers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Unsere Bankverbindung

Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

BIC: NOLADE2H (NORD/LB)

IBAN: DE17 2505 0000 0152 0339 99

Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden.

Fördermitgliedschaft

Mit einer jährlichen Spende kannst Du den Verein als Fördermitglied unterstützen und an vielen Aktivitäten teilnehmen. Die Fördermitglieder erhalten regelmäßig Informationen über die Aktivitäten des Vereins. Der Mindestbeitrag beträgt 36 Euro im Jahr. Ein höherer Beitrag ist sehr willkommen.

Ja, ich möchte Fördermitglied werden. Mein Förderbeitrag beträgt 36 Euro, 50 Euro, 75 Euro, 100 Euro, Euro und wird jährlich zu Lasten meines Kontos durch Lastschrift eingezogen.

Ja, ich möchte mich aktiv engagieren.

Name:	<input type="text"/>	Organisation/ Gewerkschaft:	<input type="text"/>
Vorname:	<input type="text"/>	Funktion:	<input type="text"/>
Straße:	<input type="text"/>	Telefon:	<input type="text"/>
PLZ/Ort:	<input type="text"/>	E-Mail:	<input type="text"/>
		Geburtsdatum:	<input type="text"/>

Einverständniserklärung (Zutreffendes bitte ankreuzen.)

Ich bin damit einverstanden Ich bin NICHT damit einverstanden, dass ich mit Name, Vorname, Gewerkschaftszugehörigkeit, Funktion und Wohnort als Fördermitglied in „Aktiv + Gleichberechtigt“ (Print-, Webseite- und E-Mail-Version) erwähnt werde.

Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit e.V.,
Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE40GHF00000595799

SEPA-Lastschriftmandat (Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.)

Ich ermächtige »Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit e.V.«, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von »Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit e.V.« auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belastenden Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontoinhaber:	<input type="text"/>																
Straße:	<input type="text"/>										PLZ/Ort:	<input type="text"/>					
IBAN:	D	E	<input type="text"/>														
BIC:	<input type="text"/>																
Ort/Datum:	<input type="text"/>										Unterschrift:	<input type="text"/>					

Werde aktiv und nutze unser Angebot!

Die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie die Beseitigung von Diskriminierung bleibt ein zentrales Thema unserer Gesellschaft. Ungleichbehandlung in Betrieben und Verwaltungen, fremdenfeindliche Schmierereien oder rechte Stammtischparolen am Arbeitsplatz oder in der Schule kommen immer wieder und überall vor. Daher machen Aktionen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus immer Sinn – auch wenn es im Alltag noch andere Probleme gibt.

Werde aktiv und nutze unser Angebot!

Informieren und Vernetzen

Anregungen für Deine Aktivitäten kannst Du Dir auf unserer **Webseite** holen. Dort warten auf Dich u.a. unser **Newsletter** „Aktiv für Chancengleichheit“ (auch als Print- und E-Mail-Version erhältlich) und die **Good Practice Datenbank**. Hier findest Du Informationen zu Initiativen und Projekten aus Gewerkschaften, Unternehmen, kleineren und mittleren Betrieben, Verwaltung, Berufsschulen/-kollegs, aber auch Bildungsangebote der Gewerkschaften und viele Studien und Handreichungen. Im Passwortgeschützten **Forum** kannst du dich mit Kolleginnen und Kollegen austauschen, Aktionen planen und noch mehr Ideen für Deine Arbeit gegen Diskriminierung und Rassismus holen!

Engagement anregen, Engagement auszeichnen

Du, Deine Berufsschule, Dein Berufskolleg oder Betrieb können an unserem **Wettbewerb „Die Gelbe Hand“** teilnehmen und mit einem Wettbewerbsbeitrag ein kreatives Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und für ein solidarisches Miteinander setzen! Attraktive Preise warten auf Dich!

Fachwissen teilen

Für Deinen Betrieb, Gewerkschaft, Berufsschule/-kolleg oder Organisation bieten wir **Veranstaltungen und Vorträge** rund um Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Gleichbehandlung in der Arbeitswelt an. Wir entwickeln auch **Bildungsmaterialien**, die in Ausbildungsbetrieben, Berufsschulen und JAV-Seminaren eingesetzt werden können. Ruf uns an, wie beraten dich gerne auch telefonisch.

Zeichen setzen

Unser **Logo**, die Gelbe Hand, kannst Du auf Plakate, Flyer oder Broschüren setzen. Unsere **Anstecker, Aufkleber und Fahnen** eignen sich hervorragend für Aktionen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus. Du kannst sie käuflich erwerben und dadurch auch die Arbeit des Vereins unterstützen.



MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 43 01-193
Fax: 0211 / 43 01-134

info@gelbehand.de
www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand